

ROBERT BROCKHAUS

# Geheimnisschutz und Transparenz

*Studien und Beiträge  
zum Strafrecht*

38

---

**Mohr Siebeck**

Studien und Beiträge  
zum Strafrecht

Band 38





Robert Brockhaus

# Geheimnisschutz und Transparenz

Whistleblowing im Widerstreit  
strafrechtlicher Schweigepflichten und  
demokratischer Publizität

Mohr Siebeck

*Robert Brockhaus*, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Potsdam und der Freien Universität Berlin; Rechtsreferendariat am Kammergericht; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht, insbesondere Internationales Strafrecht und Strafrechtsvergleichung, Rechtsphilosophie der Europa-Universität Viadrina; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung der Humboldt-Universität zu Berlin; 2022 Promotion; Rechtsanwalt.  
orcid.org/0000-0001-9408-4054

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Publikationsfonds für Open-Access-Monografien des Landes Brandenburg und der Deutsch-Britischen Juristenvereinigung gefördert.

ISBN 978-3-16-162048-5 / eISBN 978-3-16-162163-5

DOI 10.1628/978-3-16-162163-5

ISSN 2364-267X / eISSN 2568-7468 (Studien und Beiträge zum Strafrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

2023 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International“ (CC BY-NC-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>. Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

## Vorwort

Diese Arbeit wurde der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina im November 2021 als Dissertation vorgelegt. Sie ist während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Jan C. Joerden entstanden. Er hat mich auf das Thema aufmerksam gemacht und stand mir während des gesamten Arbeitsprozesses als kritischer und fördernder Gesprächspartner, Leser und Ratgeber stets zur Seite. Dafür gilt ihm mein herzlicher und größter Dank.

Seinem Nachfolger, Herrn Prof. Dr. Christian Becker, danke ich sehr für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie für aufschlussreiche Kritikpunkte, die bei der Überarbeitung der Dissertation eingeflossen sind. An seinem Lehrstuhl konnte ich meine Arbeit in der gewohnt freien Weise fortsetzen, auch hierfür möchte ich ihm besonders danken.

Weiterhin danke ich Herrn Prof. Dr. David Lewis und Frau Assoc. Prof. Dr. Maureen Spencer von der Whistleblowing Research Unit für ihren herzlichen Empfang an der Middlesex University London sowie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Viadrina International Program für die finanzielle Unterstützung meines Forschungsaufenthaltes.

Herrn Prof. Dr. Boris Burghardt danke ich herzlich für die lehrreiche und freundschaftliche Zeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, während der ich die Arbeit abgeschlossen habe, sowie für seine Anmerkungen zu einem Abschnitt des Manuskriptes.

Für weitere wertvolle Anmerkungen, anregende Diskussionen und sorgfältige Korrekturen danke ich Günther Brockhaus, Michael Frey, Dara Chassin du Guerny, Lena Gunnior, Lilo Hochgeschurz, Samuel Krug, Katharina Ostendorf, Paula Sauerwein, Louisa Schloussen, Stefan Seiterle, Tim-Joschka Selinger, Ruth Signer, Yoann Thiemann und Christian Thönnies sowie Frau Silja Meister von Mohr Siebeck. Dem Verlag und Frau Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing gilt außerdem mein Dank für die Aufnahme in diese Schriftenreihe. Herrn Matthias Spitzner danke ich für die Unterstützung beim Satz.

Die Vernetzungs- und Kompetenzstelle Open Access Brandenburg und die Deutsch-Britische Juristenvereinigung haben die Veröffentlichung dieses Bandes finanziert. Beiden Institutionen danke ich ausgesprochen für ihre großzügige Unterstützung.

Das Hinweisgeberschutzgesetz wird der Bundestag voraussichtlich im Dezember 2022 beschließen. Die Arbeit bezieht sich daher auf den Regierungsentwurf des Gesetzes, der im Juli 2022 vorgelegt und später als BR-Drs. 372/22 bzw. BT-Drs. 20/3442 veröffentlicht wurde.

Berlin, im November 2022

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
<i>Einleitung</i> .....	1
I. Das Phänomen Whistleblowing.....	1
II. Rechtspolitische Entwicklungen .....	6
III. Kritische Perspektiven .....	8
IV. Ausgeklammerte Aspekte .....	13
V. Gang der Untersuchung.....	17
1. Teil:Geheimnisschutz.....	21
§ 1 <i>Allgemeine Geheimnismerkmale</i> .....	23
I. Geheimer Gegenstand .....	23
II. Geheimhaltungsinteresse.....	24
III. Geheimhaltungswille und -maßnahmen .....	25
§ 2 <i>Loyalität oder Treue</i> .....	29
I. Bedeutung und Widersprüche .....	30
1. Beistandspflicht im Falschen .....	31
2. Partikularität der Loyalität, Universalität von Moral, Recht, Gerechtigkeit .....	32
3. Rechtfertigungsbedarf und Grenzen der Loyalität im Falschen .....	35
II. Whistleblowing als Loyalitätsbruch? .....	35
1. Whistleblowing als Konflikt verschiedener Loyalitäten .....	36
2. Dekonstruktion der Arbeitnehmerloyalität .....	37
3. Limitierte Loyalität.....	39
III. Keine Rechtspflicht zum Beistand im Unrecht .....	41



§ 3 <i>Historische Skizze des strafrechtlichen Geheimnisschutzes</i> .....	45
I. Vormoderne Entwicklungen.....	46
II. Kodifikationen des 18. Jahrhunderts .....	48
1. Staatsgeheimnisse.....	48
2. Amtsgeheimnisse.....	50
3. Privatgeheimnisse.....	50
III. Entwicklungen ab dem 19. Jahrhundert.....	51
1. Staatsgeheimnisse.....	52
2. Amtsgeheimnisse.....	54
3. Privatgeheimnisse.....	54
IV. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum „publizistischen Landesverrat“.....	55
1. Ermittlungsverfahren und Verurteilungen .....	55
2. Etatkritik und Veröffentlichungen von Völkerrechtsverstößen.....	56
3. Weltbühne-Prozess: Wiederaufrüstung der Luftwaffe.....	57
V. Reformentwürfe in der Weimarer Republik .....	60
1. Staatsgeheimnisse.....	61
2. Amtsgeheimnisse.....	62
3. Privatgeheimnisse.....	63
VI. Der Verrat im Nationalsozialismus .....	64
1. Staatsgeheimnisse.....	65
2. Amtsgeheimnisse.....	66
3. Privatgeheimnisse.....	66
VII. Bundesrepublikanische Entwicklungen .....	67
1. Staatsgeheimnisse.....	67
2. Amtsgeheimnisse.....	70
3. Privatgeheimnisse.....	71
§ 4 <i>Staatsgeheimnisse</i> .....	73
I. Der Staatsgeheimnisbegriff.....	74
1. Geheimhaltungsobjekt .....	74
2. Geheimhaltungswirklichkeit .....	75
3. Geheimhaltungsbedürftigkeit.....	76
4. Gesamtbetrachtung: Abwägung mit Vorteilen einer Offenlegung .....	78
a) Wechselwirkungslehre in der Spiegel-Entscheidung.....	80
b) Anrecht der Öffentlichkeit auf Information und Diskussion in der Spiegel-Entscheidung .....	81
c) Normative Gründe: Demokratie, Volkssouveränität, Repräsentationsprinzip .....	83
5. Informationsinteressen der Öffentlichkeit de lege ferenda .....	85
a) Alternativ- und SPD-Entwurf.....	85
b) Roadmap Strees und Stratenwerths.....	87

c) Stellungnahme.....	88
II. Die Tatbestandsausnahme „illegaler“ Staatsgeheimnisse .....	89
1. Tatsachen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verstoßen .....	90
2. Die Snowden-Enthüllungen (hypothetische Bewertung) .....	91
a) Nationaler und globaler Überwachungsexzess der Five Eyes.....	92
b) Verstoß gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung .....	98
aa) Verletzungen von Menschenrechten.....	99
bb) Verstoß gegen die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	101
cc) Beeinträchtigung des Demokratieprinzips .....	101
c) Zwischenergebnis.....	102
3. Die Pätsch-Enthüllungen (retrospektive Bewertung).....	103
a) Rechtswidrigkeit der Überwachungsmaßnahmen .....	104
b) Verstoß gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung .....	107
III. Verfassungsrechtliche Bedenken.....	108
1. Bestimmtheitsgebot .....	108
2. Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte.....	115
IV. Alternative zeithistorische Konzeptionen .....	117
1. „Illegale“ Staatsgeheimnisse in der Weimarer Republik .....	117
a) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts .....	118
b) Kritik und Ablehnung der Rechtsprechung .....	122
c) Reformvorschläge des Schrifttums .....	125
2. „Illegale“ Staatsgeheimnisse in der Bundesrepublik .....	129
a) Abgeordnetenprivileg, § 100 Abs. 3 StGB a. F.....	129
b) Schrifttum: Kein Schutz „illegaler“ Geheimnisse .....	131
c) Alternative Legaldefinitionen „illegaler“ Staatsgeheimnisse.....	133
V. Loyalität im Staatsbürgerverhältnis .....	134
VI. Die Straftatbestände der §§ 94–100a StGB .....	138
1. Landesverrat gemäß § 94 StGB .....	138
2. Offenbaren von Staatsgeheimnissen gemäß § 95 StGB .....	140
3. Strafbare Vorbereitungshandlungen gemäß § 96 StGB .....	141
4. Fahrlässigkeitsdelikte gemäß § 97 StGB.....	141
5. Verrat „illegaler“ Staatsgeheimnisse gemäß § 97a StGB .....	141
6. Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses gemäß 97b StGB.....	142
a) Regelungsgehalt und Abweichungen von den §§ 16, 17 StGB.....	142
b) Wertungswiderspruch und fehlendes rechtspolitisches Bedürfnis.....	144

c) Ungleiche Behandlung von Irrtümern.....	145
d) Widersprüche zum Schuldprinzip .....	146
e) Einwände spezifisch gegen § 97b Abs. 2 StGB .....	147
f) De lege ferenda: Streichung der Vorschrift.....	148
7. Die übrigen Straftatbestände (§§ 98–100a).....	149
VII.Reformskizze der Landesverratsvorschriften.....	149
§ 5 <i>Amtsgeheimnisse</i> .....	159
I. Der Geheimnisbegriff .....	160
II. Akzessorietät der straf- von der beamtenrechtlichen Schweigepflicht ..	160
1. Informationsansprüche der Informationsfreiheitsgesetze .....	163
2. Grundrechtlicher Informationsanspruch.....	165
3. Loyalität und beamtenrechtliche Verschwiegenheitspflicht .....	167
III. Gefährdung wichtiger öffentlicher Interessen.....	173
1. Mangelnde Bestimmtheit .....	174
2. Kasuistik.....	177
3. „Lehre der mittelbaren Gefährdung“.....	178
a) Der Fall des Sächsischen Datenschutzbeauftragten.....	178
b) Ablehnung der „Lehre der mittelbaren Gefährdung“ .....	180
IV. „Illegale“ Amtsgeheimnisse .....	183
1. Strafanzeigen.....	184
2. Anzeigen sonstiger Rechtsverstöße.....	186
3. Analoge Anwendung des § 93 Abs. 2 StGB.....	188
4. Veröffentlichung anderer „illegaler“ Dienstgeheimnisse.....	189
V. Reformvorschläge .....	190
§ 6 <i>Geschäftsgeheimnisse</i> .....	195
I. Delikte und Geheimnisbegriff des GeschGehG .....	197
II. „Illegale“ Geschäftsgeheimnisse .....	199
1. Fehlendes berechtigtes Geheimhaltungsinteresse, Selbstwiderspruch der Rechtsordnung .....	200
2. Kein hinreichender Grund für ausnahmsweisen Schutz.....	202
3. Systematischer Vergleich: Kein Schutz in anderen Rechtsgebieten und durch Grundrechte.....	205
a) Arbeitsrecht.....	205
aa) Keine Pflicht zur Geheimhaltung von Rechtsverstößen .....	205
bb) Keine arbeitsrechtliche Loyalitätspflicht zum Beistand im Unrecht .....	207
b) Informationsfreiheitsrecht .....	211
c) Grundrechte.....	212
4. Zum behaupteten systematischen Widerspruch innerhalb des GeschGehG .....	213

5. Unionsrechtliche Vereinbarkeit des Merkmals „berechtigtes Interesse“ .....	214
6. Rechtswidrige Vermögenswerte im Kontext anderer Straftatbestände .....	216
7. Angebliche Strafbarkeitslücken .....	218
8. Widerspruch zur positiven Generalprävention .....	218
III. Geltung des Geschäftsgeheimnisbegriffs für andere Straftatbestände .....	219
IV. Die Ausnahmetatbestände des § 5 GeschGehG .....	220
1. Meinungs- und Informationsfreiheit .....	221
2. Rechtswidrige Handlungen und Fehlverhalten .....	222
3. Geltung der Ausnahmetatbestände für andere Strafvorschriften .....	225
§ 7 <i>Steuergeheimnisse</i> .....	227
I. Der Tatbestand des § 355 StGB .....	227
II. „Illegale“ Steuergeheimnisse .....	228
III. Offenbarungsbefugnisse .....	230
1. Zwingende öffentliche Interessen, § 30 Abs. 4 Nr. 5 AO .....	231
a) Regelbeispiele: der Fall Borcharding .....	232
b) Unbenannte Fälle .....	233
c) Informationsinteressen der Öffentlichkeit: Flick-Parteispenden-Affäre .....	234
2. Adressatenkreis .....	236
3. Whistleblowing-Richtlinie: Offenbarungen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU .....	236
§ 8 <i>Privatgeheimnisse</i> .....	237
I. Der Tatbestand des § 203 StGB .....	237
II. „Illegale“ Privatgeheimnisse .....	240
1. Menschenwürdeschutz .....	241
2. Zwangslage bezüglich der Inanspruchnahme von Beraterberufen .....	241
3. Allgemeininteresse an der Verschwiegenheit .....	243
4. Kein hinreichendes Schutzbedürfnis bezüglich juristischer Personen .....	243
5. Reformvorschläge .....	244
§ 9 <i>Straftaten zur Vorbereitung des Whistleblowings</i> .....	247
I. Strafrechtlich relevante Vorbereitungshandlungen .....	247
II. Ansätze für einen Strafbarkeitsausschluss .....	248
1. Ausnahmetatbestände im Geschäftsgeheimnisgesetz .....	249

2. Die Meinungsfreiheit als Strafbarkeitsausschluss (Lux-Leaks) .....	249
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen bei unerlaubten, verdeckten Aufzeichnungen.....	251
4. Jesuitenpater Busembaum: Der Zweck heiligt die Mittel .....	252
5. Eine Grenze: Gewalt gegen Menschen.....	253
III. Zusammenfassende Stellungnahme .....	254
 <i>§ 10 Vorrangregeln bei Normenkollisionen .....</i>	 257
I. Innerstrafrechtliche Normenkollisionen .....	258
1. Offenbarungsbefugnisse .....	258
2. Pflichtenkollisionen .....	259
a) Strafrechtliche Offenbarungspflichten .....	259
b) Vorrangrelationen.....	261
c) Anwendung auf das Geheimnisschutzstrafrecht.....	263
II. Kollisionen mit außerstrafrechtlichen Rechtsnormen .....	264
1. Vorrangregel aufgrund des Ultima-ratio-Prinzips .....	264
2. Auslegungsregel aufgrund des Ultima-ratio-Prinzips .....	268
III. Kollision mit überpositiven Erlaubnis- bzw. Gebotssätzen.....	269
IV. Kollisionen außerstrafrechtlicher Geheimhaltungspflichten mit strafrechtlichen Erlaubnis- oder Gebotsnormen.....	273
V. Exkurs: Wahrnehmung von Offenbarungspflichten anderer Personen ..	276
2. Teil: Transparenz .....	279
 <i>§ 1 Das Publizitätsprinzip.....</i>	 281
I. Von der Idee zum Verfassungsgrundsatz .....	282
II. Benthams „Publicity“ .....	286
1. Gründe für Publizität .....	288
2. Entgegnungen auf Einwände gegen Publizität .....	290
3. Kritik einer umfassenden Transparenzforderung.....	292
a) Das Panopticon als Idee totaler Überwachung .....	292
b) Inverser Panoptismus: Die Überwachung der Überwachenden ..	295
c) Prinzipielle Transparenz von Machtakkumulationen .....	296
d) Grundsätzliche Intransparenz der individuellen Sphären .....	299
e) Zur Möglichkeit begrenzter Transparenz .....	300
III. Kants „Princip der Publicität“ .....	301
1. Das Publizitätsprinzip in der Schrift zum ewigen Frieden.....	302
2. Die dem Prinzip eingeschriebene Forderung nach faktischer Transparenz .....	305
a) Das Gedankenexperiment verlangt keine faktische Transparenz.....	305

b) Das Prinzip ist aber auf faktische Transparenz ausgerichtet .....	307
c) Zusatz: Repräsentativsystem und staatliche Transparenz .....	311
d) Zwischenergebnis .....	313
3. Anwendung der transzendentalen Formeln des öffentlichen Rechts auf Geheimhaltung .....	314
a) Negativformel (erste Stufe) .....	315
b) Positivformel (zweite Stufe) .....	318
4. Zusammenfassung .....	320
 § 2 <i>Typologie der Offenbarungsinteressen</i> .....	321
I. Abhilfe .....	322
II. Rechtswahrung .....	323
III. Öffentlicher Diskurs und diskursive Kontrolle .....	325
1. Intersubjektive Dimension der Kommunikationsfreiheiten .....	326
2. Publizitätsprinzip, Grundrechte und Informationsinteressen der Öffentlichkeit .....	326
3. Informationsinteressen der Öffentlichkeit gegenüber Privaten in der Rechtsprechung .....	331
a) Berichterstattung über Straftaten und Straftäter .....	331
b) Boulevardeskes über Caroline von Monaco und andere „Promis“ .....	331
c) Wallraff und die „Bild“: Investigativjournalismus zu Unternehmenspraktiken .....	333
4. Koordinaten einer kontrollierenden „vierten Gewalt“ .....	335
5. Kontrolle als verfassungsrechtliche Funktion jenseits der abgeleiteten Staatsgewalten .....	338
6. Zwischenergebnis .....	343
 § 3 <i>Offenbarungspflichten, -rechte und -interessen</i> .....	345
I. Straftatprävention, Strafverfolgung, Rechtswahrung .....	346
1. Anzeige- und Offenbarungspflichten .....	346
2. Allgemeine Strafanzeigenrechte .....	348
3. Korruptions- und Steuerstraftaten .....	350
4. Allgemeines Rechtswahrungsinteresse .....	351
II. Individuelle und allgemeine Rechtsgüter .....	353
1. Gesundheitsschutz .....	353
2. Schutz von Leib, Leben und Freiheit .....	357
3. Schutz vor benachteiligenden und ungerechten Behandlungen .....	358
4. Datenschutz und allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	359
5. Kommunikationsgrundrechte .....	359
6. Informationsansprüche .....	360

7. Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Verbraucherschutz, Produktsicherheit.....	360
8. Verkehrs- und Flugsicherheit.....	361
9. Umwelt-, Tier- und Immissionsschutz .....	362
10. Privatvermögen.....	363
III. Machtmissbrauch und Fehlverhalten im Staatswesen .....	364
1. Nachrichtendienstlicher und militärischer Komplex .....	364
2. Missstände in anderen staatlichen Einrichtungen .....	371
IV. Schutz des Staates, Funktionsfähigkeit seiner Einrichtungen, Fiskalinteressen.....	373
V. Finanzdienstleistungen, Finanzmarktstabilität, Geldwesen.....	375
3. Teil: Strafbarkeitsausschlussgründe .....	377
§ 1 Meinungsfreiheit .....	379
I. Anwendbarkeit.....	380
1. Informationsweitergabe als Meinungsäußerung .....	380
2. Meinungsfreiheit am Arbeitsplatz.....	382
3. Schutz anonymer Meldungen.....	382
II. Erforderlichkeit.....	387
1. Stufenmodell des BGH (Pätsch) .....	387
a) Vorrang innerstaatlicher Meldung .....	388
b) Geeignetheit und relativ mildestes Mittel .....	389
c) Kein Vorrang interner Anzeigen gegenüber Parlamentspetitionen .....	390
2. Alternative Meldewege in der EGMR-Rechtsprechung.....	392
a) Kasuistik: Guja, Heinisch, Soares, Bucur .....	393
b) Kritik: Beweislastverteilung, Uneindeutigkeit .....	395
III. Veröffentlichungen .....	399
1. Recht zu öffentlicher Rüge des BGH (Pätsch) .....	399
a) Grund und Reichweite .....	399
b) Anwendbarkeit des Rügerechts de lege lata.....	400
c) Rezeption und Stellungnahme .....	401
2. Abwägungsmodell des EGMR (Guja bis Halet).....	403
a) Öffentliches Interesse an den Informationen.....	404
b) Authentizität der Informationen.....	405
aa) Strafanzeigen .....	405
bb) Verschlussachen .....	408
c) Schäden.....	409
d) Kritik gerichtlicher Grundrechtsabwägungen und legislativer Auftrag.....	411

IV. Motivation .....	416
V. Kritik subjektiv-rechtlicher Konzeptionen .....	418
1. „Fehlrahmung“ des Whistleblowing-Konfliktes.....	419
2. Öffentliche Interessen in der Rechtsprechung .....	420
3. Paradox individuell-öffentlicher Rechte.....	421
4. Wahrnehmung öffentlicher Interessen durch Einzelne .....	422
5. Transparenzgrundrecht .....	423
VI. Für eine Berücksichtigung auf Tatbestandsebene .....	425
VII. Zusammenfassung.....	428
§ 2 <i>Rechtfertigender Notstand</i> .....	431
I. Whistleblowing im öffentlichen Dienst .....	431
1. Deutsche Gerichtsentscheidungen (Pätsch, Sächsischer Datenschutzbeauftragter) .....	432
2. Persönlicher Anwendungsbereich des § 34 StGB.....	433
3. Britische Rechtspraxis (Shayler, Gun) .....	434
II. Notstandslage.....	437
1. Gefahr.....	437
2. Rechtsgüter.....	440
a) Notstandsfähigkeit von Allgemeinrechtsgütern .....	440
b) Beispiele aus Rechtsprechung und Literatur .....	444
c) Rechtswahrungs- und Strafverfolgungsinteresse.....	445
d) Individualrechtsgüter und Überschneidungen mit öffentlichen Interessen .....	447
e) Nicht-notstandsfähige Interessen .....	448
III. Nicht-anders-Abwendbarkeit der Gefahr.....	449
1. Geeignetheit: Kann eine Offenbarung eine Gefahr abwenden? .....	449
2. Relativ mildere Mittel: Vorrang interner Meldungen? .....	451
3. Einschränkungen bei Allgemeinrechtsgütern .....	455
a) Zum Vorwurf des Vigilantismus.....	456
b) Rückgriffssperre wegen des Dienstwegprinzips? .....	457
c) Allgemeines Verfahren zum Whistleblowing: WBRL bzw. HinSchG.....	458
IV. Interessenabwägung .....	459
1. Abwägungsformel des Defensivnotstands.....	460
2. Abwägungsfaktoren .....	462
V. Angemessenheitsklausel .....	464
VI. Subjektives Rechtfertigungselement: Bewusstsein der Notstandslage ..	465
VII. Zwischenergebnis .....	467
§ 3 <i>Wahrnehmung berechtigter Interessen</i> .....	469
I. Zur Anwendbarkeit auf geheimnisschützende Straftatbestände .....	470



1. Streitstand in Literatur und Rechtsprechung .....	470
2. Strukturdifferenz und Insuffizienz des Notstands.....	474
3. Strukturanalogie zum Whistleblowing .....	477
4. Notwendigkeit rechtsevolutiver Rechtssätze .....	479
5. Übertragbarkeit auf geheimnisschützende Straftatbestände.....	480
II. Historische Ansätze zur Einführung eines Rechtfertigungsgrundes .....	483
1. Verletzung von Privatgeheimnissen .....	483
2. Verletzung von Amtsgeheimnissen .....	486
3. Verletzung von Staatsgeheimnissen .....	487
III. Rechtsvergleichende Betrachtungen.....	488
1. Österreich und Schweiz: Wahrnehmung berechtigter Interessen.....	488
2. Public interest defence und analoge Konzeptionen .....	491
a) Kanada: Security of Information Act 2001 .....	491
b) Großbritannien: Reform des Official Secrets Act .....	492
c) International: Tshwane Principles.....	496
aa) Erfasste Fehlverhalten.....	496
bb) Rechtsgedanke der Erforderlichkeit .....	497
cc) Interessenabwägung .....	497
dd) Vorrangrelationen .....	498
d) USA: public accountability defense.....	499
 § 4 Ziviler Ungehorsam .....	505
I. Whistleblowing als ziviler Ungehorsam.....	506
1. Gewaltlos, gewissenbestimmt, politisch .....	507
2. Öffentlichkeit, Identifikation, Ablehnung des Märtyrerischen Schemas.....	508
II. Legitimität .....	511
III. Legalität.....	514
1. Gründe für eine rechtliche Privilegierung .....	516
a) Gewissensentscheidung und Allgemeinwohlbezug .....	516
b) Konstitutioneller Protest gegen Unrecht und Ungerechtigkeit .....	519
c) Demokratieförderlich statt -feindlich.....	520
2. Opportunitäts- und Rechtsfolgenlösung .....	524
3. Schuldlösung .....	525
4. Rechtfertigungs- oder Tatbestandslösung.....	527
a) Tatbestandsansatz des BVerfG (Sitzblockade I) .....	528
b) Rechtfertigungslösung (Ralf Dreier).....	530
c) Zu den Einwänden gegen eine Rechtfertigung .....	533
aa) Paradoxie der Legalisierung? .....	533
bb) Abgeschnittene Gegenrechte .....	537
cc) Verstoß gegen das Mehrheitsprinzip .....	538

5. Resümee und Folgerungen.....	541
§ 5 Zusammenfassung der Reformvorschläge .....	543
 Ausblick .....	 551
 Literaturverzeichnis.....	 553
Personenregister .....	589
Sachregister.....	593



## Abkürzungsverzeichnis

2d Cir.	United States Court of Appeals for the Second Circuit
a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
AA	Kant's gesammelte Schriften, herausgegeben von der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften (sog. Akademieausgabe)
abgedr.	abgedruckt
abl.	ablehnend
Abschn.	Abschnitt
AC	Appeal Cases
ACLU	American Civil Liberties Union
AE-StGB	Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
ähnl.	ähnlich
AK	Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
AktG	Aktiengesetz
All ER	All England Reporters
allg.	allgemein
ALV	Allgemeine Lotsenverordnung
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts)
ArbG	Arbeitsgericht
ASA	Archiv für Schweizer Abgabenrecht
AuR	Arbeit und Recht
BaFin	Bundesanstalt für Finanzaufsicht
BayDStH	Bayerischer Dienststrafhof
BayVbl	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründerin/Begründer
Beschl.	Beschluss
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz

BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMJV	Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
BND	Bundesnachrichtendienst
BNotO	Bundesnotarordnung
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
bspw.	beispielsweise
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
C.R.-C.L. L. Rev.	Harvard Civil Rights – Civil Liberties Law Review
cat.	category
CB	Compliance-Berater
Ch.	Chapter
CIA	Central Intelligence Agency
Cm	Command Papers (Serie seit 1986) = Dokumente, die dem britischen Parlament „By Her Majesty’s Command“ von der Regierung präsentiert werden
Crim Law and Philos	Criminal Law and Philosophy. An International Journal for Philosophy of Crime, Criminal Law and Punishment
D.C. Cir.	United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit
D.D.C.	United States District Court for the District of Columbia
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt
DANA	Datenschutznachrichten
DDB	Der Deutsche Beamte
DJ	Die Justiz
DÖD	Der Öffentliche Dienst
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entwurf
Ed.	Edition
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EL	Ergänzungslieferung
EP	Europäisches Parlament
ErfK	Erfurter Kommentar

ErwG	Erwägungsgrund
ET	Employment Tribunal
et al.	et alii (und andere)
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
Ev.	Erstveröffentlichung
EWIV-AusführungsG	Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWCA	England Wales Court of Appeal
EWHC	England and Wales High Court
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FBI	Federal Bureau of Investigation
FG	Finanzgericht
FinDAG	Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzaufsicht
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GBA	Generalbundesanwalt
GCHQ	Government Communications Headquarters
GS	Gedächtnisschrift
Geb.	Geburstag
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GeschGehG	Geschäftsgeheimnisgesetz
GG	Grundgesetz
Ggs.	Gegensatz
ggü.	gegenüber
GJW-WSS	Graf/Jäger/Wittig (Hg.), Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
GK	Großkommentar
GKÖD	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
GwG	Geldwäschegesetz
h. M.	herrschende Meinung
Harv. L. & Pol'y Rev.	Harvard Law & Policy Review
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hdb	Handbuch
HdbStaatsR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbStrafR	Handbuch des Strafrechts
HeiKo	Heidelberger Kommentar zum Wettbewerbsrecht
Hervorh. d. R. B.	Hervorhebung durch Robert Brockhaus

HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
Hg.	Herausgeber
hg.	herausgegeben
HGB	Handelsgesetzbuch
HinSchG	Hinweisgeberschutzgesetz
HI-Virus	Humane Immundefizienz-Virus
i. E.	im Ergebnis
i. R. d.	im Rahmen der/des
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
J. Bus. Ethics	Journal of Business Ethics
JM	Juris Die Monatszeitschrift
Int. Comp. Law Q.	International and Comparative Law Quarterly
JR	Juristische Rundschau
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz
KKG	Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz
Kom	Europäische Kommission
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift
krit.	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
Law Com	Law Commission
Lfg.	Lieferung
Lit.	Literatur
LK	Leipziger Kommentar Strafgesetzbuch
Ls.	Leitsatz
LTO	Legal Tribune Online
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MdS	Metaphysik der Sitten
mgl.	möglich
MK	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MMR	Multimedia und Recht
Mü Hdb ArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos Kommentar Strafgesetzbuch

NK-WSS	Nomos Kommentar Wirtschafts- und Strafrecht
NS	Nationalsozialismus
NSA	National Security Agency
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NYT	The New York Times
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OG	Obergericht
OSA	Official Secrets Act
Ö-StGB	Österreichisches Strafgesetzbuch
PAO	Patentanwaltsordnung
PCLOB	Privacy and Civil Liberties Oversight Board
PersV	Die Personalvertretung
Philos. Soc. Crit.	Philosophy and Social Criticism
PIDA	Public Interest Disclosure Act 1998 (Großbritannien)
PKGrG	Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes
PM	Pressemitteilung
PublG	Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen (Publizitätsgesetz)
PWC	Price Waterhouse Coopers
RdA	Recht der Arbeit
RGa	Gustav Radbruch Gesamtausgabe
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RphZ	Rechtsphilosophie. Zeitschrift für Grundlagen des Rechts
Rspr.	Rechtsprechung
RuP	Recht und Politik
RW	Rechtswissenschaft
s.	siehe
S.	Satz/Seite/Siehe
s. o.	siehe oben
S.D.N.Y.	United States District Court for the Southern District of New York
Sch/Sch	Schönke/Schröder Strafgesetzbuch. Kommentar
Schw-StGB	Schweizer Strafgesetzbuch
Sect.	Section
SEV	Sammlung Europäischer Verträge
SG	Soldatengesetz
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
SK	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
Soc. Theory Prac.	Social Theory and Practice
sog.	sogenannt



SOIA	Security of Information Act 2001 (SOIA)
SprAuG	Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten
StA	Staatsanwaltschaft
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StrÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
StV	Strafverteidiger
StRR	StrafRechtsReport
SÜG	Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlusssachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz)
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	Die Tageszeitung
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
U.S.C.	United States Code
UA	Untersuchungsausschuss
UKHL	United Kingdom House of Lords
UKIPTrib	United Kingdom Investigatory Powers Tribunal
Urt.	Urteil
VDB	Vergleichende Darstellung des Deutschen und Ausländischen Strafrechts, Besonderer Teil.
v.	von, vom
VersR	Versicherungsrecht
VerwArch	Verwaltungs-Archiv. Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
Vgl.	Vergleich
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VSA	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum materiellen Geheimnisschutz (Verschlusssachenanweisung)
VuR	Verbraucher und Recht. Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht
WBRL	Whistleblowing-Richtlinie, RL (EU) 2019/1937
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WP	Wahlperiode
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WStG	Wehrstrafgesetz

z. T.	zum Teil
ZeF	Zum ewigen Frieden
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZRFC	Zeitschrift für Risk, Fraud & Compliance
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStaatsW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZStrR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen.



# Einleitung

Geheimnisschutz, Transparenz und ihr Verhältnis im demokratischen Rechtsstaat bilden den Gegenstand dieser Arbeit, der anhand des strafrechtlich relevanten Whistleblowings erschlossen wird. In ihren drei Teilen werden der tradierte strafrechtliche Geheimnisschutz kritisch untersucht, widerstreitende rechtliche Offenbarungsinteressen systematisiert und die relevanten allgemeinen Strafbarkeitsausschlussgründe diskutiert. Im Wechselspiel mit einschlägigen Fällen wird hierbei die Legitimität des Whistleblowings herausgearbeitet und den bestehenden Strafbarkeitsrisiken gegenübergestellt. Auf dieser Grundlage werden gesetzliche Änderungen der strafrechtlichen Schweigepflichten vorgeschlagen, um Hinweisgeber besser und rechtssicherer zu schützen.

## I. Das Phänomen Whistleblowing

Wissen ist Macht und Macht ist Wissen.<sup>1</sup> Was rechtlichen Geheimnisschutz und was Transparenz verdient, sind Machtfragen. Es sind Fragen der Moderne, die seit der Aufklärung an den absolutistischen Geheimstaat gerichtet und seitdem immer wieder gestellt werden,<sup>2</sup> heute in einer Gesellschaft, die Transparenz als grundlegenden Wert anerkennt. Transparenz, die politische Partizipation erst ermöglicht und damit ein emanzipatorisches Projekt ist. Publizität, die schon darauf abzielt, Machtmissbrauch zu verhindern oder zumindest aufzudecken. Die Rechtsordnung wird in diese Richtung umgebaut, was sich in den letzten beiden Jahrzehnten paradigmatisch an der Informationsfreiheitsgesetzgebung zeigt. Zugleich herrscht auf einer anderen rechtlichen Baustelle weitgehender Stillstand: Der rechtliche Geheimnisschutz wurde dem Strukturwandel, hin zu einem transparenteren Staat, bislang nur punktuell angepasst. Wie

---

<sup>1</sup> So der Titel eines Vortrags von Wilhelm Liebknecht aus dem Jahr 1872. Nach Brockhaus' *Kleinem Konversations-Lexikon*, S. 981, handelt es sich bei „Knowledge is power“ um ein „sprichwörtlich gewordenes Zitat aus [Francis] Bacons ‚Religious meditations‘.“ Siehe auch *Foucault*, *Überwachen und Strafen*, S. 39: Es sei „anzunehmen, [...] daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert.“

<sup>2</sup> Grundlegend: *Wegener*, *Der geheime Staat*.

die Genese der strafbewehrten und anderer rechtlicher Schweigepflichten zeigt, konnten sich absolutistische Arkantradition, obrigkeitsstaatliches Denken und zum Teil auch NS-Recht bis heute im Recht der Geheimnisse konservieren. Konkret sichtbar, rechtlich fassbar und hinterfragt wird diese Rückständigkeit, wenn Individuen Rechtsverstöße oder Missstände im Staatswesen oder in der Wirtschaft aufdecken und wegen der Verletzung einer Schweigepflicht bestraft oder auf andere Weise rechtlich sanktioniert werden. In aufklärerischer Tradition werfen sie damit erneut die Fragen auf, was in einer Gesellschaft mit Hinblick auf die staatlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse konkret als geheim geschützt und was transparent sein sollte.<sup>3</sup>

Was den nachrichtendienstlichen Komplex angeht, fragt sich etwa, ob Werner Pätch, der in den 1960er Jahren für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) arbeitete, zu Recht wegen Geheimnisverletzungen verurteilt wurde, weil er Informationen über ein verfassungswidriges Abhörprogramm und die NS-Vergangenheit leitender Beamter des Amtes an die Presse lanciert hatte.<sup>4</sup> In ähnlicher Weise stellt sich diese Frage heute vor dem Hintergrund der Strafverfolgung Edward Snowdens und Thomas Drakes, die Art und Ausmaß der globalen und zu weiten Teilen anlasslosen Massenüberwachung der US-amerikanischen National Security Agency (NSA) und anderen Geheimdiensten der

---

<sup>3</sup> Vgl. etwa Christian Ströbele, der den Whistleblower Edward Snowden „zu den großen Aufklärern der Geschichte“ zählt und in ihm einen „Philosophen“ erkennt, *Sporer/von Pechmann*, Widerspruch 2014, 69 (76). Die Philosophische Fakultät der Universität Rostock beschloss, Snowden eine Ehrendoktorwürde zu verleihen, was die Universitätsleitung und der zuständige Minister aber ablehnten. Die ablehnende Entscheidung der Hochschulleitung wurde vom VG Schwerin bestätigt, Urt. v. 15.6.2016 – 1 A 2088/15 SN; dazu, *Horstkotte*, LTO v. 15.6.2016. – Vgl. auch folgenden Titel: *Sixt*, Whistleblowing im Spannungsfeld von Macht, Geheimnis und Information.

<sup>4</sup> BGH, Urt. v. 8.11.1965 – 8 StE 1/65 = BGHSt 20, 342. Der BGH hielt die Aktivitäten für rechtmäßig, was noch unter § 4 II. 3. vertieft wird.

„Five Eyes“<sup>5</sup> aufgedeckt haben. Praktiken, die britische<sup>6</sup> und US-amerikanische Gerichte<sup>7</sup> sowie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als rechts- bzw. menschenrechtswidrig bewerten.<sup>8</sup>

Zweifel an der Strafwürdigkeit bestehen auch bezüglich Enthüllungen, die den militärischen Komplex betreffen. Hierzu nimmt die Untersuchung Strafverfahren gegen Personen in den Blick, die in der Weimarer Republik Verstöße gegen den Versailler Vertrag aufdeckten und als „publizistische Landesverräter“ verfolgt wurden. Fragwürdig erscheint auch die 2013 erfolgte Bestrafung der US-Soldatin Chelsea Manning. Sie hatte militärische Datensätze an die Enthüllungsplattform WikiLeaks weitergegeben, die der Öffentlichkeit erstmals ein ungeschöntes Bild des Afghanistankrieges, einschließlich schwerster Rechtsverletzungen, vermittelten. Dem militärischen Bereich entstammt außerdem die wohl weltweit erste spezifische Vorschrift zum Whistleblowerschutz. Sie ist den Marineoffizieren Samuel Shaw und Richard Marven zu verdanken, die im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg der Kontinentalmarine dienten.<sup>9</sup> Mit acht anderen Marinesoldaten übermittelten sie dem Kongress eine Petition, in der sie Folterungen britischer Kriegsgefangener durch ihren Kommodore, Esek Hopkins, anzeigten.<sup>10</sup>

Wendet man den Blick dem wirtschaftlichen Bereich zu, bietet etwa die Strafverfolgung der Whistleblower in der Lux-Leaks-Affäre aus dem Jahr 2014 Anlass zur Diskussion. Mitarbeiter von Price Waterhouse Coopers (PWC)

---

<sup>5</sup> Ursprünglich „UKUSA-Vereinbarung“ aus dem Jahr 1946 zwischen den US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten, der sich später Australien, Kanada und Neuseeland anschlossen.

<sup>6</sup> *Liberty & Others v GCHQ* [2015] UKIPTrib 13\_77-H; *Privacy International v Secretary of State for Foreign & Commonwealth Affairs & Others* [2016] UKIPTrib 15\_110-CH; *Liberty v Secretary of State for the Home Department & Another* [2018] EWHC 975.

<sup>7</sup> *ACLU v. Clapper*, 785 F.3d 787 (2d Cir. 2015); s. zudem bereits, *Klayman v. Obama*, 957 F.Supp.2d 1 (D.D.C. 2013), auch wenn die dort getroffene einstweilige Verfügung im Berufungsverfahren aufgehoben wurde, da die Antragsteller ihrer erhöhten Beweislast im vorläufigen Rechtsschutz nicht nachgekommen seien, *Klayman v. Obama*, 805 F.3d 1148 (D.C. Cir. 2015).

<sup>8</sup> EGMR, *Big Brother Watch (u. a.) ./. Großbritannien*, Urt. v. 13.9.2018 – 58170/13 (u. a.); sowie die anschließende Entscheidung der Großen Kammer des Gerichtshofes EGMR, *Big Brother Watch (u. a.) ./. Großbritannien*, Urt. v. 25.5.2021 – 58170/13 (u. a.).

<sup>9</sup> *Kohn*, NYT v. 13.6.2011, S. A23.

<sup>10</sup> Mit der Unterstützung des Kongresses gewannen die inhaftierten Shaw und Marven einen gegen sie vom Kommodore betriebenen Verleumdungsprozess. Ein Jahr später beschloss der Kongress die Resolution v. 30.6.1778. Darin heißt es: „That it is the duty of all persons in the service of the United States, as well as all other inhabitants thereof, to give the earliest information to Congress or any other proper authority of any misconduct, frauds or misdemeanors committed by any officers or persons in the service of these states, which may come to their knowledge.“ Zit. nach *Kohn*, NYT v. 13.6.2011, S. A23. Der US-Senat ehrte Shaw posthum anlässlich des zweiten National Whistleblower Appreciation Day am 30. Juni 2015.

deckten umfassende Steuervermeidungspraktiken des mit Globalen Playern kollaborierenden Großherzogtums Luxemburg auf und wurden dafür angeklagt. In diesem Zusammenhang ist auch die obsessive Strafverfolgung durch eidgenössische Staatsanwaltschaften von Beschäftigten Schweizer Banken zu nennen, die Informationen über exorbitante Steuerhinterziehungen aufgedeckt haben. Zu nennen sind hier vor allem die aufgedeckten Cum-Ex-Geschäfte, durch die allein dem deutschen Fiskus schätzungsweise 30 Milliarden Euro Steuereinnahmen entgangen sind. Auch weite Teile des deutschen Schrifttums haben sich für eine Strafbarkeit von Bankmitarbeitern ausgesprochen, die Informationen über massive Steuerhinterziehungen an Finanzbehörden verkaufen. Das wurde in den letzten Jahren anhand der sogenannten „Steuer-CDs“ diskutiert, die deutsche Finanzbeamte aus dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz ankaufen.<sup>11</sup>

Mit den hier untersuchten Fällen wird die Frage diskutiert, weshalb das Strafrecht dazu zwingen soll, Verfassungs- und Rechtsverstöße, die staatlichen Stellen und Unternehmen zuzurechnen sind, sowie andere gravierende, wenn auch nicht formal rechtswidrige Missstände, geheim zu halten. Ihnen muss doch eigentlich schon von Rechts wegen Einhalt geboten werden oder sie sind jedenfalls aus demokratieprinzipiellen Gründen dem öffentlichen Diskurs zuzuführen. Gerade wenn und weil sie gesellschaftliche Anliegen von eminenter Bedeutung adressieren, erscheint Strafe als Reaktion auf deren Offenlegung paradox. Während sich der politische und wissenschaftliche Diskurs maßgeblich darauf konzentriert, unter welchen Voraussetzungen Whistleblower zu schützen sind, werfen diese bereits die vorgelagerte, fundamentale und hier behandelte Frage nach Grund und Reichweite rechtlicher Schweigepflichten auf.

Anhand der skizzierten Fälle lässt sich schon ablesen, was unter einem „Whistleblower“ oder dem sich hierzulande als Rechtsbegriff etablierenden „Hinweisgeber“<sup>12</sup> zu verstehen ist: Eine Person, die Rechtsverstöße und andere

---

<sup>11</sup> Diese Diskussion hat sich im Wesentlichen durch folgende Ausnahmetatbestände zu Gunsten des Whistleblowings und der Finanzbeamten erledigt: § 5 Nr. 2 GeschGehG und § 20d Abs. 3 StGB.

<sup>12</sup> Diesen Begriff verwendete schon der nun knapp zehn Jahre alte „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Hinweisgebern – Whistleblowern (Hinweisgeberschutzgesetz [...]“ der SPD-Bundestagsfraktion, genauso wie die RL (EU) 2019/1937 v. 23.10.2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (i. F.: Whistleblowing-Richtlinie oder WBRL) und dementsprechend der vom BMJV ausgearbeitete „Entwurf eines Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden“, kurz: „Hinweisgeberschutzgesetz“ aus dem November 2020 sowie die folgenden Entwürfe (dazu noch sogleich unter II.). In Frankreich wird der Begriff *lanceur d'alerte* verwendet (s. etwa Art. 122-9 Code pénal, der im Dezember 2016 in Kraft getreten ist). Wörtlich übersetzt bedeutet das in etwa, „der Alarmierende“ oder „der, den Alarm Anstoßende“. In den Niederlanden hat sich der Begriff *klokkenluiders*, also „jemand, der Glocken läutet“, etabliert.

Misstände aufdeckt, die Unternehmen, staatlichen Stellen oder anderen Organisationen zuzurechnen sind.<sup>13</sup> In der Regel ist die hinweisgebende Person in einem Arbeits- oder Beamtenverhältnis tätig und unterliegt besonderen rechtlichen Verschwiegenheitspflichten, die sie *prima facie* verletzt, wenn sie Fehlverhalten offenbart. Das gilt jedenfalls für *externes Whistleblowing*, womit die Anzeige bzw. Meldung gegenüber Stellen gemeint ist, die von der betroffenen Organisation unabhängig sind. Einen Sonderfall des externen Whistleblowings stellt die Veröffentlichung von Misständen dar, die auch *Offenlegung* genannt wird.<sup>14</sup> Wer hingegen Meldung bzw. Anzeige gegenüber Vorgesetzten oder hierfür speziell eingerichteten Stellen erstattet, *internes Whistleblowing* genannt, verletzt schon keine rechtliche Schweigepflicht.

Die Voraussetzungen, damit Whistleblowing als gesellschaftliches und rechtliches Phänomen in der hier untersuchten Gestalt in Erscheinung tritt, werden in der Moderne geschaffen.<sup>15</sup> Gemeint sind grundlegende Veränderungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Erst mit dem Auftreten von privaten und staatlichen Organisationen, die strukturell einen gewissen Komplexitätsgrad erreichen, etwa mit Hinblick auf die Zahl der beschäftigten Personen, die Art ihrer Aufgaben, die aufgebauten Hierarchien usw., verdichtet sich Whistleblowing durch eine gewisse Häufigkeit zu einem relevanten sozialen Phänomen. Die mit der Enthüllung von Misständen oftmals intendierte Wirkung, einen öffentlichen Diskurs anzustoßen und durch öffentlichen Druck für Abhilfe zu sorgen, lässt sich erst erzielen, seit sich eine politische, (macht-)kritische Öffentlichkeit herausgebildet hat.<sup>16</sup> Die Möglichkeit, sie zu adressieren,

---

<sup>13</sup> International wird die Definition von *Near/Miceli*, J. Bus. Ethics 4 (1985), 1 (4) wohl am Häufigsten rezipiert: „We, therefore, define whistle-blowing to be the disclosure by organization members (former or current) of illegal, immoral or illegitimate practices under the control of their employees, to persons or organizations that may be able to effect action.“

<sup>14</sup> Nach dieser begrifflichen Einordnung werden Offenbarung und Aufdeckung als Oberbegriffe verwendet, einerseits für die Anzeige oder Meldung, die an interne oder externe Stellen und damit an einen konkreten Adressaten gerichtet ist, andererseits für die Offenlegung oder Veröffentlichung, die sich an die Öffentlichkeit richtet. Die Begriffe interne und externe Meldung sowie Offenlegung finden sich in den Art. 7, 10, 15 WBRL.

<sup>15</sup> Auch wenn sich einige Fälle und ähnliche Verhaltensmuster schon deutlich früher zeigen, *Herold*, Whistleblower, S. 32 f. m. w. N. So wird auf hebräische Propheten des achten Jh. v. Chr. verwiesen, die die Herrschenden kritisierten und sich damit in Lebensgefahr brachten, *Bjorkelo/Madsen*, Psychology & Society 5 (2013), S. 28 (29) m. w. N. Zudem wird Whistleblowing mit dem aus der Antike stammenden Begriff der *παρρησία* (Parrhesia oder Parrhesie) in Verbindung gebracht, ebd. sowie bereits *Mansbach*, in: Whistleblowing and Democratic Values, S. 12 ff. Den Begriff der Parrhesia hat Foucault wieder aufgenommen. Er versteht darunter: „a verbal activity in which the subject expresses his personal relation to truth and risks his life because he recognizes that telling the truth is his own duty, so as to improve or to help other people. In parrēsia, the speaker uses his freedom and chooses truth instead of lies, death instead of life and security, criticism instead of flattery, and duty instead of interest and selfishness.“ *Foucault*, Discourse and Truth, S. 46.

<sup>16</sup> *Habermas*, Strukturwandel der Öffentlichkeit, §§ 8 ff.



entwickelt sich maßgeblich mit den kommunikationstechnischen Fortschritten, die die Vervielfältigung von Informationen und deren Verbreitung ermöglichen und Publizistik und Presselandschaft florieren lassen. Als *rechtliches* Phänomen wird Whistleblowing erst bedeutsam, nachdem spezifische rechtliche Schweigepflichten in den einschlägigen Rechtsgebieten des Arbeits-, Beamten- und Strafrechts gesetzlich geregelt oder dogmatisch anerkannt sind. Für das Strafrecht ist das schon im 18. Jh., maßgeblich aber erst im 19. Jh. zu beobachten.<sup>17</sup> In ausgereifter Form treffen die so umrissenen Rahmenbedingungen im 20. Jh. in einer Weise aufeinander, die erklärt, weshalb der allgemeine, wissenschaftliche und rechtspolitische Diskurs das Phänomen erst seitdem zunehmend thematisiert.

## II. Rechtspolitische Entwicklungen

In den letzten Jahren hat die deutsche Gesetzgebung aufgrund unionsrechtlicher Vorgaben schon vereinzelt Offenbarungsbefugnisse geschaffen, die Whistleblower vor rechtlichen Sanktionen schützen, insbesondere im Finanzdienstleistungsbereich.<sup>18</sup> Zudem sieht das Geschäftsgeheimnisgesetz einen Ausnahmetatbestand vor, der Meldungen von Rechtsverstößen und sonstigen Fehlverhalten straflos stellt.<sup>19</sup> Das Gesetz ist im Jahr 2020 in Kraft getreten und setzt die EU-Geschäftsgeheimnis-Richtlinie um.<sup>20</sup> Die bislang geschaffenen Vorschriften schützen Whistleblowing allerdings nur punktuell. Vielerorts fehlt es an gesetzlichen Regelungen, die Beschäftigte in privaten und öffentlichen Beschäftigungsverhältnissen vor Sanktionen schützen. Derzeit bleibt ihnen oft nur zu hoffen, dass Gerichte mittels schwer kalkulierbarer Grundrechtsabwägungen<sup>21</sup> und eventuell erst nach zehrenden jahrelangen Verfahren in letzter Instanz zu ihren Gunsten entscheiden.

Einen allgemeineren Ansatz verfolgt die Whistleblowing-Richtlinie der EU (i. F. auch WBRL),<sup>22</sup> die bis zum 17. Dezember 2021 in den Mitgliedstaaten umzusetzen war. Der dazu vorgesehene Entwurf eines „Hinweisgeberschutzgesetzes“ des SPD-geführten BMJV<sup>23</sup> scheiterte mangels Unterstützung des Regierungspartners der „Großen Koalition“, der CDU/CSU, zum Ende der 19.

---

<sup>17</sup> Siehe hierzu I. Teil § 3 II.-III.

<sup>18</sup> § 4d Abs. 6 FinDAG; § 3b Abs. 5 BörsG; § 53 Abs. 5 GwG.

<sup>19</sup> § 5 GeschGehG.

<sup>20</sup> RL (EU) 2016/943.

<sup>21</sup> Siehe z. B. *Fasterling/D. Lewis*, International Labour Review 153 (2014), 71 (78).

<sup>22</sup> Zu positiven und negativen Aspekten im internationalen Rechtsvergleich, *D. Lewis*, Labour Studies 9 (2020), 1.; allgemein: *Siemens*, Die Whistleblowing-Richtlinie der EU.

<sup>23</sup> Siehe bereits Fn. 12. Zu diesem Entwurf: *Gerdemann*, ZRP 2021, 37 ff.; *Kimberly/Veljovic*, KriPoZ 2021, 165 ff.; *Makowicz/Schloussen*, comply 2021, 62 ff.

Legislaturperiode.<sup>24</sup> Die Unionsfraktionen verwiesen darauf, dass die Wirtschaft durch die Corona-Pandemie bereits stark beansprucht sei und nicht noch zusätzlich, insbesondere durch die Pflicht zur Einrichtung interner Meldesysteme, belastet werden solle.<sup>25</sup> Im April 2022 wurde ein neuer Entwurf des nun FDP-geführten BMJ publik, dessen überarbeitete Fassung das Ministerium im Juli 2022 als Regierungsentwurf auf seiner Homepage bereitstellte und der später als BR-Drs. 372/22 und BT-Drs. 20/3442 veröffentlicht wurde.<sup>26</sup>

Doch auch der Anwendungsbereich der WBRL ist begrenzt, denn sie beschränkt sich auf die Meldung bestimmter Unionsrechtsverstöße. Die Meldung von Verstößen gegen nationales Recht, das nicht unionsrechtlich bedingt ist, ist aus kompetenziellen Gründen ebenso wenig geregelt, wie Whistleblowing im Bereich der nationalen Sicherheit und von Verschlussachen.

Zwar geht das geplante Hinweisgeberschutzgesetz ein wenig über den Anwendungsbereich der Richtlinie hinaus: Nach § 2 Abs. 1 HinSchG-RegE sollen sämtliche Verstöße meldefähig sein, die straf- oder bußgeldbewehrt sind sowie Verstöße gegen unionales oder nationales Recht aus bestimmten Bereichen, z. B. „Vorgaben zum Umweltschutz“, § 2 Abs. 1 Nr. 3 lit. h) HinSchG-RegE.<sup>27</sup> Allerdings soll das Gesetz keinen Schutz gewähren, wenn Informationen gemeldet oder offengelegt werden, „die die nationale Sicherheit oder wesentliche Sicherheitsinteressen des Staates“ betreffen, § 5 Abs. 1 Nr. 1 HinSchG-RegE.<sup>28</sup> Auch bei einer Meldung von Verschlussachen an externe staatliche Stellen sowie bei Veröffentlichungen von Verschlussachen soll das Gesetz pauschal keine Anwendung finden, s. § 5 Abs. 2 Nr. 1 HinSchG-RegE. Damit bleibt der gesetzliche Schutz des Whistleblowings lückenhaft<sup>29</sup> und die Gesetzgebung

---

<sup>24</sup> N. N., SZ v. 28.4.2021.

<sup>25</sup> Siehe etwa ebd.

<sup>26</sup> [https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RegE\\_Hinweisgeberschutz.pdf;jsessionid=D7198FDABC1A25E99266743D267E64E7.2\\_cid324?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RegE_Hinweisgeberschutz.pdf;jsessionid=D7198FDABC1A25E99266743D267E64E7.2_cid324?__blob=publicationFile&v=2).

<sup>27</sup> Diese Erweiterungen sind verfassungsrechtlich geboten. Eine ursprünglich angedachte „1:1-Umsetzung“ der Richtlinie wäre mit Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar gewesen. Denn das Gesetz hätte allein Meldungen von Verstößen gegen Unionsrecht und unionsrechtlich bedingtes nationales Recht geschützt, nicht aber Meldungen von Verletzungen rein nationalen Rechts aus denselben Regelungsbereichen, im Einzelnen: *Brockhaus/Gerdemann/Thönes*, Verfassungsblog v. 29.10.2020 sowie *dies.*, NVwZ 2021, 204 ff.

<sup>28</sup> Krit. *Brockhaus/Gerdemann/Thönes*, Verfassungsblog v. 8.8.2022; s. zudem bereits *Brockhaus/Kafteranis*, Verfassungsblog v. 10.7.2022

<sup>29</sup> Krit. bzgl. des bislang fragmentarischen gesetzlichen Schutzes z. B. für das Arbeitsrecht *Abraham*, ZRP 2012, 11 ff.; *Deiseroth/Derleder*, ZRP 2008, 248 (249); *Fischer-Lescano*, AuR 2016, 4 (5) und 48 (56); *Gerdemann*, RdA 2019, 16 (18); *Schmidt*, RdA 2017, 365; für das Beamtenrecht u. a. *Bäcker*, Die Verwaltung 2015, 499 (521); *Gerdemann*, ZBR 2020, 12 (13 ff.); *Günther*, NVwZ 2018, 1109 (1112 a. E.); aus strafrechtlicher Perspektive etwa *Herold*, Whistleblower, S. 53.

versäumt eine Chance, das Verhältnis staatlicher Geheimhaltung und Transparenz legislativ genauer auszutarieren.

Während die Europäische Union im rechtspolitischen Diskurs taktgebend voranschreitet, agiert die deutsche Gesetzgebung bislang ausgesprochen phlegmatisch. Sie setzt die unionsrechtlichen Vorgaben zwar um, eigene Ansätze sind jedoch kaum erkennbar oder finden mit Hinblick auf oppositionelle Entwürfe jedenfalls keine Mehrheit.<sup>30</sup> Das gilt insbesondere für das Strafrecht, für das aus Gründen der Kompetenz grundsätzlich keine Vorgaben aus Brüssel erfolgen, was die deutsche Gesetzgebung anscheinend zu legislativer Untätigkeit einlädt. Die Strafrechtswissenschaft hat sich des Sujets zwar durchaus angenommen,<sup>31</sup> träumt aber gerade hinsichtlich Grundfragen des strafrechtlichen Schutzes der staatlichen Geheimnissphäre einen Dornröschenschlaf,<sup>32</sup> der angesichts der Enthüllungen Snowdens und Mannings und auch vor dem Hintergrund früherer, höchst lebhafter Diskussionen in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik der 1960er Jahre verwundert.<sup>33</sup> Nach den letzten über 50 Jahre zurückliegenden Reformen ist ein Diskurs über Grund und Grenzen des strafrechtlichen Geheimnis- und Hinweisgeberschutzes längst überfällig, gerade weil das demokratische System politisch und rechtlich heute viel stärker auf Transparenz ausgerichtet ist als im 20. Jh.

### III. Kritische Perspektiven

Die zögerliche deutsche Haltung lässt sich dadurch erklären, dass Whistleblowing hierzulande lange Zeit skeptisch beäugt wurde, wohl auch, weil der Begriff ein englischer und die Idee des spezifischen rechtlichen Schutzes eine transatlantische ist.<sup>34</sup> Im 19. Jh. bezeichnete der Begriff die Praxis britischer Bobbys, mittels einer Trillerpfeife Verstärkung an den Tatort zu rufen, wenn

---

<sup>30</sup> Siehe etwa die Entwürfe der Bundestagsfraktionen der SPD (BT-Drs. 17/8567) und von Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. 18/3039; 19/4558). Dem SPD-Entwurf war im Jahr 2009 ein „Vorschlag für eine gesetzliche Verankerung des Informantenschutzes für Arbeitnehmer im Bürgerlichen Gesetzbuch“ vorausgegangen, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, As-Drs. 16(10)849.

<sup>31</sup> Siehe allein die einschlägigen strafrechtlichen Monographien: *Herold*, Whistleblower; *Lutterbach*, Whistleblowing; *Reuling*, Whistleblowing im Krankenhaus; *Schenkel*, Whistleblowing; *Soppa*, Die Strafbarkeit des Whistleblowers.

<sup>32</sup> Von wenigen Ausnahmen abgesehen: *Dietrich*, RW 2016, 566 ff.; *Engelhart/Arslan*, Schutz von Staatsgeheimnissen im Strafverfahren; *Herold*, KJ 2019, 336 ff.; *Joerden*, JRE 19 (2011), 227 ff.; *Köbel/Herold*, GA 2022, 377 ff.

<sup>33</sup> Siehe auch für den anglophonen Diskurs *Spencer/Spencer*, in: *International Handbook on Whistleblowing Research*, S. 405 (428): „The question of criminal sanctions in whistleblower legislation is underresearched and under-theorized; there are therefore many fertile areas for empirical, theoretical and interdisciplinary research.“

<sup>34</sup> *Gerdemann*, Transatlantic Whistleblowing.

ein Delinquent auf frischer Tat ertappt wurde.<sup>35</sup> Andere meinen hingegen, der Begriff sei auf die Verwendung der Trillerpfeife eines Schiedsrichters zurückzuführen, der in die Pfeife pustet, um ein Foul anzuzeigen.<sup>36</sup> Wieder andere verweisen auf die Redewendung „to blow the whistle (on someone/something)“.<sup>37</sup> Im späten 19. Jh. stand dies dafür, eine Tätigkeit (wie die Fabrikarbeit) mit dem Erklingen einer Sirene zu beenden.<sup>38</sup> Schon in den 1930er Jahren soll das Idiom verwendet worden sein, um allgemein das Aufdecken von Korruption oder Fehlverhalten zu beschreiben.<sup>39</sup> In der heutigen Bedeutung (s. die o. g. Definition) wird der Begriff Whistleblower seit den 1960er Jahren in den USA verwendet und etwa 30 Jahre später ins Deutsche entlehnt.<sup>40</sup> Das Phänomen tritt aber, wie etwa die bereits erwähnte Strafverfolgung wegen „publizistischen Landesverrats“ in der Weimarer Republik zeigt, auch hierzulande schon deutlich früher in Erscheinung. So werden auch beamtenrechtliche Fälle spätestens seit den 1960er Jahren unter der Bezeichnung „Flucht in die Öffentlichkeit“ diskutiert.<sup>41</sup> Gleich wie man es nennt, handelt es sich beim Whistleblowing um ein allgemeines Phänomen, das sich nicht auf den anglophonen Raum beschränkt. Dafür sprechen die bereits erwähnten Fälle aus verschiedenen Ländern sowie die allgemeinen Überlegungen zum Auftreten des Phänomens.

Die Skepsis gegenüber dem Whistleblowing speist sich hierzulande weiterhin aus einem allgemeinen Ressentiment, das sich darin äußert, Whistleblower als Denunzianten, Verräter, Spitzel oder Nestbeschmutzer zu verunglimpfen.<sup>42</sup>

---

<sup>35</sup> *Peters/Branch*, *Blowing the Whistle*, S. 17 f.; *Winters v. Houston Chronicle Pub. Co.*, 795 S.W.2d 723 (Tex. 1990). Etymologisch ist der Begriff des Whistleblowing allerdings nicht eindeutig geklärt, *Düsel*, *gespaltene Loyalität*, S. 26; *Gerdemann*, *Transatlantic Whistleblowing*, S. 4 ff.

<sup>36</sup> *Ayto*, *Oxford Dictionary of English Idioms*, S. 380.

<sup>37</sup> Siehe z. B. *Stefanowitsch*, *Sprachlog* v. 15.1.2011.

<sup>38</sup> *Ammer*, *The American Heritage Dictionary of Idioms*, S. 68: „The term originally alluded to ending an activity (such as factory work) with the blast of a whistle [late 1800s]“.

<sup>39</sup> Ebd.: „to expose corruption or other wrongdoing, as in the president’s speech blew the whistle on the opposition’s leaking information. [Colloquial; 1930s]“.

<sup>40</sup> Nachgewiesen seit dem Jahr 1997, *Stefanowitsch*, a. a. O.

<sup>41</sup> Siehe etwa BDHE 1, 32 (33); BVerfGE 28, 191 (194) (*Pätsch*); BGH, DVBl. 1977, 183 (185); *Dammann/Kutscha*, PersV 1977, 47 (52); *Weiß*, ZBR 1984, 129 (130); *Beer*, DDB 1985, 99 ff.; *Thiele*, DÖD 1985, 145 ff.; *Günther*, NVwZ 2018, 1109 (1109); *Lemhöfer*, in: *Plog/Wiedow*, BBG I, BBG 2009 § 125 Rn. 4.

<sup>42</sup> Was, zumindest wenn es um staatliche Geheimnisse geht, auch in den USA zu beobachten ist. Die Anklage bezeichnete Bradley Manning etwa als böswilligen Verräter, *Pilkington*, *The Guardian* v. 25.7.2013. Was von solchen zu halten ist, besagt ein wohl aus dem 19. Jh. stammender Aphorismus, der Hoffmann von Fallersleben zugeschrieben wird: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Siehe etwa *M. Müller*, *NZA* 2002, 424 (425).

Anschaulich zeichnet Ibsen in seinem letzten Drama „Ein Volksfeind“<sup>43</sup> den hier ansetzenden Reflex der Mächtigen nach, Parrhesiasten,<sup>44</sup> die unbequeme Wahrheiten aussprechen, öffentlichkeitswirksam zu ächten: Badearzt Dr. Stockmann will offenlegen, dass das Wasser eines norwegischen Kurorts verseucht ist, um die Gesundheit der Kurgäste zu schützen. Demgegenüber forcieren einflussreiche Persönlichkeiten des Ortes wegen zu erwartender Kosten des Umbaus einer Wasserleitung die Geheimhaltung der Missstände und initiieren eine Abstimmung, in der Dr. Stockmann zum „Volksfeind“ erklärt wird.

Einhergehend mit dem Vorwurf der Denunziation wird außerdem „eine sich ausprägende Kontrollgesellschaft befürchtet, in der jedermann Kontrolleur und Kontrollierter ist.“<sup>45</sup> Vorbehalte dieser Art seien vor dem Hintergrund der „schmerzlichen Erfahrungen mit dem Denunziantentum der Nazizeit und dem Stasisystem der DDR“ berechtigt.<sup>46</sup> Whistleblowing bedeutet aber nicht, rassistisch, politisch und anders verfolgte Menschen in einer Diktatur auszuliefern bzw. individuelle Verstöße gegen Gesetze eines totalitären Staates anzuzeigen. Vielmehr decken Whistleblower regelmäßig strukturelle Missstände in Unternehmen und staatlichen Stellen auf und wenden sich damit gegen Machtmissbrauch der Organisation, zu der sie sich in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis befinden. Sie riskieren bestraft zu werden, den Arbeitsplatz zu verlieren und weitere negative persönliche Konsequenzen zu erleiden. Dementsprechend bezeichnen einige Autorinnen und Autoren Whistleblowing nicht

---

<sup>43</sup> Uraufgeführt in Oslo, im Jahr 1883. Auf das Drama weisen im Kontext des Whistleblowings bereits *Bjørkelo/Madsen* hin, in: *Psychology & Society* 5 (2013), S. 28 (29).

<sup>44</sup> Siehe zum Begriff bereits Fn. 15.

<sup>45</sup> *Ahrendt*, *Recht und Politik* 2/2012, 79. Dieser Befürchtung wird auch noch im Kontext des Publizitätsprinzips nachgegangen, 2. Teil § 1 II. 3.

<sup>46</sup> *Berthold*, Whistleblowing in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, S. 3 m. w. N.; *Mahnhold*, *NZA* 2008, 737; *Reufels/Deviard*, *CCZ* 2009, 201 (204 m. w. N.), bzgl. anonymen Whistleblowings über unternehmensinterne Hotlines; vgl. auch *Hefendehl*, *FS Amelung*, 617 (631 f.). CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich meinte zu Veröffentlichungen auf WikiLeaks: „das ist sozusagen eine Art Stasi, die ich ablehne“ (kgp/dpa/dapd, *Spiegel Online* v. 30.11.2010). Dabei gehen auf WikiLeaks enthüllte staatliche Überwachungsmaßnahmen weit über die technischen Möglichkeiten der Staatssicherheit hinaus. So ist es der CIA, wie im März 2017 auf der Plattform enthüllt wurde, mittels der Spähsoftware „Weeping Angel“ möglich, Nutzer audiovisuell über Smart-TVs aufzuzeichnen und ihnen gleichzeitig zu suggerieren, dass das Gerät ausgeschaltet sei, *Sontheimer*, *Spiegel-Online* v. 8.3.2017, um nur ein Beispiel zu nennen. – Wer Whistleblowing mit der NS-Zeit in Verbindung bringt, wird einräumen, um ein dem Phänomen angemessenes Beispiel zu wählen, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn eingeweihte Personen geplante oder gerade ausgeführte NS-Verbrechen frühzeitig aufgedeckt hätten.

## Personenregister

- Aitken, Jonathan 493  
Allen, Henry 12  
Aquin, Thomas von 252  
Arendt, Hannah 48, 319, 327, 505, 508,  
516, 518, 533, 536  
Arndt, Adolf 26, 60, 83, 84, 104, 129–  
32, 131, 134, 153, 328, 337, 401,  
427, 518  
Arndt, Herbert 26, 121, 124  
Assange, Julian 149, 366, 368, 509  
Augstein, Josef 106, 107, 454  
Augstein, Rudolf Karl 68
- Bäcker, Carsten 100, 106, 107, 171  
Bacon, Francis 1  
Bauer, Fritz 337, 340, 341  
Bäumer, Hartmut 209  
Beccaria, Cesare 265  
Beckedahl, Markus 110  
Becker, Christian 296  
Behm, Andreas 240  
Behm, Ulrich 182, 402  
Benkler, Yochai 134, 342, 491, 499–  
503  
Bentham, Jeremy 282, 286–98  
Berka, Walter 412, 413, 415  
Bethge, Herbert 326, 342  
Birkenfeld, Bradley 195  
Bjørkelo, Brita 5, 10, 12  
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 338  
Bok, Sissela 36, 43, 269  
Borcharding, Werner 232  
Brammsen, Joerg 220, 438, 443, 450  
Brownlee, Kimberley 508–9, 525, 527,  
530  
Bucur, Constantin 365, 395, 403, 408  
Bunyan, John 16  
Busembaum, Hermann 252
- Celikates, Robin 518, 519, 522  
Clapper, James 93  
Clinton, Hillary 149  
Cohen, Carl 508, 534  
Colneric, Ninon 206, 356, 396, 424  
Cooper, Cynthia 195
- Dahm, Georg 64  
Davis, Kevin 303, 305–8, 310, 316  
Deiseroth, Dieter 11, 35, 413  
Delmas, Candice 11, 134, 135, 270,  
423, 499, 539  
Deltour, Antoine 223, 250, 379, 448  
Di Fabio, Udo 328, 338, 339  
Dietrich, Jan-Hendrik 110  
Drake, Thomas 2, 11, 56, 73, 453  
Dreier, Ralf 507, 512, 513, 515, 521,  
530–33, 537, 542  
Dürig, Günter 175  
Duska, Ronald 37–38, 269  
Düwel, Peter 182  
Dworkin, Ronald 524, 535
- Eisele, Jörg 238, 446  
Ellsberg, Daniel 172, 505  
Engels, Friedrich 29  
Erb, Volker 35, 185–86, 201, 204, 206,  
217, 218, 263, 460, 466, 467  
Eser, Albin 474, 477–81
- Falciani, Hervé 195  
Fichte, Johann Gottlieb 283, 328, 340–  
42  
Fischer, Thomas 142, 146, 216  
Fischer-Lescano, Andreas 82, 99, 152,  
326, 350, 382, 399, 411–20, 422  
Fletcher, George 30–34, 36, 134–35,  
135, 168, 272

- Foucault, Michel 1, 5, 293–94  
 Friedensburg, Ferdinand 120, 126, 128
- Gandhi, Mahatma 508, 514, 515, 538  
 García-Marzá, Domingo 303, 306,  
 307–9, 313, 314–16  
 Gawlik, Lothar 397  
 Gerdemann, Simon 8, 14, 396, 459  
 Giesen, Thomas 179  
 Goldschmidt, James 53  
 Gosepath, Stefan 308, 309  
 Greco, Luís 456, 466  
 Grevil, Frank Søholm 75  
 Grünwald, Gerald 402  
 Guja, Jacob 393  
 Gun, Katherine Teresa 73, 436  
 Gusy, Christoph 119
- Häberle, Peter 48, 153, 171, 283, 327,  
 387–89, 402–3, 422–23  
 Habermas, Jürgen 175, 282, 310, 313,  
 328, 512, 524, 532, 534, 542  
 Halet, Raphaël 223, 380, 411  
 Han, Bjung-Chul 298–301  
 Hassemer, Winfried 512, 515, 525,  
 527, 532, 535, 536, 538, 540, 542  
 Heck, Philipp 176  
 Hefendehl, Roland 10, 12, 185, 220,  
 296  
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 42,  
 135  
 Heinisch, Brigitte 394, 406  
 Heitmann, Steffen 179  
 Hentig, Hans von 127  
 Herbst, Margrit 356, 447  
 Herold, Nico 5, 7, 14, 416  
 Höcherl, Hermann 69  
 Hohn, Kristian 452  
 Hoyer, Andreas 163, 180, 251, 438,  
 441, 443, 481  
 Hruschka, Joachim 257, 258, 262, 263,  
 265, 461  
 Hume, David 31
- Ibsen, Hendrik 10  
 Isensee, Josef 520, 523, 534
- Jagusch, Heinrich 69  
 Jakobs, Günther 266, 269, 273, 274
- Jescheck, Hans-Heinrich 70, 89, 104,  
 142  
 Jestaedt, Matthias 24, 178, 285, 298,  
 300, 335, 412, 463  
 Joerden, Jan C. 8, 14, 33, 42, 60, 90,  
 99, 153, 252, 253, 261, 262, 301,  
 314, 460, 465
- Kahl, Wilhelm 53  
 Kant, Immanuel 33, 41, 46, 172, 173,  
 252, 282, 301–21, 328, 335, 340,  
 364, 383, 465  
 Kantorowicz, Hermann 109, 123, 125,  
 128, 384  
 Karpen, Ulrich 521, 523  
 Kaufmann, Arthur 266  
 King, Martin Luther 508, 510, 514, 538  
 Kiriakou, John 73  
 Klug, Ulrich 76, 142, 146, 148, 153  
 Koch, Arnd 14, 218, 346, 347  
 Kreis, Simona 208, 334, 344, 421, 422,  
 424  
 Kreiser, Walter 58
- Lagasnerie, Geoffroy de 384, 462, 508–  
 10  
 Lenckner, Theodor 261, 475, 477, 480  
 Lewis, David 6  
 Liebknecht, Wilhelm 1  
 Lilienthal, Karl von 53  
 Lindblom, Lars 173, 43, 207, 218, 336,  
 405  
 Liszt, Franz von 53  
 Löwenthal, Hans 25, 61, 62, 122, 125–  
 28, 128  
 Luban, David 303, 310, 316  
 Luhmann, Niklas 175, 413
- Maas, Heiko 110, 157  
 Machiavelli, Niccolò 47  
 Machon, Annie 73, 435  
 Madsen, Ole Jacob 5, 10, 12  
 Manning, Chelsea/Brad 3, 9, 264, 367,  
 368, 369, 464, 499, 500, 508  
 Marcic, René 343  
 Marven, Richard 3  
 Marx, Karl 283  
 Meier, Kurt 489  
 Meister, Andre 110

- Miceli, Marcia P. 5, 41  
 Monaco, Caroline von 332
- Nathanson, Stephen 135  
 Near, Janet P. 5, 41  
 Nida-Rümelin, Julian 302  
 Noll, Peter 414, 461, 475, 478
- Obama, Barak 135, 369, 500  
 Oehme, Walter 56  
 Ossietzky, Carl von 58, 59
- Paeffgen, Hans-Ullrich 89, 142, 257, 258, 400  
 Parks, Rosa 514, 522  
 Pätsch, Werner 2, 29, 69–70, 103  
 Pawlik, Michael 442, 455–56, 464  
 Perron, Walter 181, 216, 447, 456  
 Pfordten, Dietmar von der 512  
 Ponting, Clive 494  
 Pozen, David E. 16, 500
- Radbruch, Gustav 60–61, 122, 123, 125, 128, 271, 272, 318, 484, 486–87  
 Range, Harald 110  
 Rasmussen, Anders Fogh 75  
 Rawls, John 34, 303, 317, 506–16, 519, 532, 538, 542  
 Raz, Joseph 515, 525  
 Ridder, Helmut 67, 80, 84, 109, 116  
 Rogall, Klaus 471, 474  
 Rönnau, Thomas 213, 258, 265, 267, 296, 452  
 Roosevelt, Theodore 16  
 Rousseau, Jean-Jacques 175, 305  
 Roxin, Claus 112, 456, 466, 513, 516–18, 525–27, 530, 533, 537–39  
 Royce, Josiah 30, 32  
 Rudolphi, Hans-Joachim 274
- Sagar, Rahul 338, 365  
 Saint-Pierre, Charles-Irénée Castel de 289  
 Salomon, Berthold Jacob 57  
 Savigny, Friedrich Carl von 52  
 Scheurman, William E. 98, 510, 520, 535  
 Schlink, Bernhard 412
- Schlözer, Ludwig von 282  
 Schmid, Richard 401–2  
 Schmidt, Gerhard 475  
 Schmitt, Carl 284, 297–98  
 Schoch, Friedrich 164, 201, 211–12  
 Schroeder, Friedrich-Christian 49, 64, 118  
 Schröm, Oliver 196  
 Schrübbers, Hubert 69  
 Schücking, Lothar Engelbert 57, 122  
 Schuld, Lasse 163, 165, 181  
 Schumann, Heribert 181, 182  
 Schünemann, Bernd 239, 243, 446, 481  
 Schwalm, Georg 471  
 Seith, Eckhardt 196  
 Shaw, Samuel 3  
 Shayler, David 73, 102, 435–37  
 Sinzheimer, Hugo 124–25, 126  
 Snowden, Edward 2, 11, 92, 96, 135, 507  
 Sokrates 269, 506  
 Spencer, Maureen Patricia 8  
 Steinicke, Otto 57  
 Stoll, Martin 329  
 Stolleis, Michael 47  
 Stratenwerth, Günter 83–89, 85, 132, 152  
 Stree, Walter 76, 83–89, 323, 329, 339, 344, 401, 428, 460, 461  
 Ströbele, Christian 2
- Teubner, Gunter 326, 421, 422, 424  
 Thoreau, Henry David 506  
 Trump, Donald 134, 385, 500
- Wagner, Markus 265–69  
 Wagner, Walter 69, 109  
 Wallraff, Günter 16, 250, 333  
 Watkins, Sherron 195  
 Weber, Hellmuth von 58, 104, 124–26, 125, 126, 170, 401  
 Weber, Max 284  
 Wegener, Bernhard Werner 47–48, 102, 152, 165, 182, 194, 282–86, 338  
 Wegner, Arthur 120, 122, 133  
 Wessely, Wolfgang 14, 385  
 Wyler, Esther 489



Zinn, Howard 511, 530, 534

Zopfi, Margrit 489

## Sachregister

- Abgasskandal 453
- Abgeordnetenprivileg 68, 129–31, 139
- Abhilfeinteresse 322–23
- Abhörraffäre 2, 69–70, 103, 105, 148
- Absichtslösung 128–29
- Absolutismus 1, 47, 283, 294
- Abwägungsklauseln
  - Landesverrat 126
  - Notstand 460
  - Privatgeheimnisse 63, 484
  - Staatsgeheimnisbegriff 152
  - Tshwane Principles 497–98
  - Unbestimmtheit 127
  - Vorrangrelationen 153, 221, 405, 415, 498, 545
- Abwägungskritik 411–16
- Abwägungsmodell des EGMR 403–16
- AE-StGB 70, 79, 86, 114, 130, 268, 476, 485
- Affäre Hildebrand 224, 372
- Afghan War Diary 264, 367
- Aggressivnotstand 442, 460
- Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten 49–52, 54
- American Civil Liberties Union 3, 94, 98, 135
- Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg 3
- Amtsgeheimnisse *siehe auch*
  - Verletzung des Dienstgeheimnisses
  - Allgemeindelikt 66, 70
  - im 18. Jh. 50
  - im 19. Jh. 54
  - im NS 66
  - in der Weimarer Republik 62–63, 486
- Anonymität 382–87, 508–11
- Anrecht der Öffentlichkeit auf Information *siehe* Recht der ...
- Anreize, finanzielle 14
- Apellfunktion des Strafrechts/Tatbestands 14, 427
- arcana imperii 47, 294
- Arkantradition 2, 48, 150, 283
- Artikel-10-Gesetz 104, 109
- Aufklärung 1, 282
  - Idee diskursiver Kontrolle 340
  - Kant 172, 310
  - Publizitätsprinzip 281, 310
  - Whistleblowing 2
- Auskundschaften von Staatsgeheimnissen 141
- Auslegung, grundrechtskonforme 80–81
  - Pressefreiheit 84
- Bambergensis 46, 47
- Beamtenrecht
  - Dienstweg 161, 169, 365, 390, 391, 454, 457
  - Gehorsamspflicht 161, 169
  - Loyalität/Treue 167–73
  - Verfassungs- und Amtseid 167, 168, 170
  - Verschwiegenheitspflicht 160–63, 169
- Belgrano-Affäre 494
- Bestimmtheitsgebot 106, 108–15, 174–77, 174, 269
  - bei Rechtfertigungsgründen 413, 513
  - Präzisierungsgesetz der Rspr. 113
- Betriebsgeheimnisse *siehe* Geschäftsgeheimnisse
- Beweiswürdigung, freie 115
- Big Brother Watch 3, 95
- Bilanzfälschungsskandale 195
- Bild-Zeitung 16, 250, 334

- BSE-Skandal 356, 447  
 Bundesamt für Justiz 186  
 Bundesamt für Verfassungsschutz  
 – Abhörraffäre *siehe* dort  
 – Erweiterte Fachunterstützung Internet 109  
 – Massendatenauswertung von Internetinhalten 110  
 – netzpolitik.org 109  
 – NSA-Affäre 94  
 – NS-Vergangenheit 69–70, 455  
 Bundesnachrichtendienst 94, 100  
 Bündnis 90/Die Grünen 96, 131, 152, 352, 357, 358  
 Bureau of Investigative Journalism 502  
 Bürgerrechtsbewegung, USA 501, 506, 521  
  
 Cablegate-Affäre 368  
 Charta der digitalen Grundrechte der EU 166, 286  
 Chilling effects 56, 149, 249, 383, 386, 427, 544  
 Cicero-Affäre 71, 156  
 Civil Liberties Oversight Board 336  
 Code pénal 4, 54, 152  
 Codex Juris Bavarici Criminalis 49  
 Computer-Grundrecht 99  
 Constitutio Criminalis Carolina 47  
 Constitutio Criminalis Theresiana 49, 50  
 crimen laesae maiestatis 46, 47  
 Cum-Ex-Skandal 4, 196, 460, 490  
  
 Das andere Deutschland 57  
 Defence of necessity 434–37, 439, 450, 459, 530  
 Defensivnotstand 441, 460–62  
 delatores 14  
 Demokratieprinzip 98, 162, 235, 334  
 – Beeinträchtigung des ~ 101  
 – Kommunikationsgrundrechte 360  
 – Publizitätsprinzip 194, 325, 328, 338, 402, 425  
 – Recht der Öffentlichkeit auf Information 79, 81  
 Denunziation 9–11, 14, 120, 185, 465  
 Der Zweck heiligt die Mittel 252  
 Deutschlandvertrag 105  
  
 Die Zeit 103  
 Diebesdiebstahl 217  
 Dienstgeheimnisse *siehe* Verletzung des ...  
 Dienstweg *siehe* Beamtenrecht  
 Digitalcharta 166, 286  
 Diskurs- und Kontrollinteresse 325–44  
 Duplex-effectus-Lehre 252–53  
  
 EGMR-Whistleblowing-Rspr.  
 – Abwägungsmodell 403–16  
 – alternative Meldewege 392–99  
 – Authentizität der Informationen 405–9  
 – Bucur ./ Rumänien 395, 403, 408–9, 410  
 – Gawlik ./ Liechtenstein 397, 410  
 – Guja ./ Moldau 372, 393, 396, 409  
 – Guja-Kriterien 403  
 – Halet ./ Luxemburg 411  
 – Heinisch ./ Deutschland 394, 396, 405, 410  
 – Marchenko ./ Ukraine 372  
 – Motivation 416–18  
 – Schäden (Abwägungsmerkmal) 409–11  
 – Soares ./ Portugal 374, 395, 397  
 – Überblick 392  
 – Verhältnismäßigkeitsprüfung 393  
 – Verschlussachen 408–9  
 – Vorrang interner Meldung? 396–99  
 Einheit der Rechtsordnung 216, 219, 225, 261, 265, 274  
 Einschüchterung *siehe* Chilling effects  
 Einverständnis,  
   tatbestandsausschließendes 14  
 Einwilligung, rechtfertigende 14  
 EMRK 382, *siehe* auch EGMR-Whistleblowing-Rspr.  
 Entwurf Radbruch 61, 484, 486, 487  
 Ephorat 341  
 Erforderlichkeit 147, *siehe* auch bei den jeweiligen  
   Rechtfertigungsgründen  
 – Landesverrat 86  
 – Meinungsfreiheit 387–99  
 – public accountability defense 501  
 – Staatsgeheimnis 155  
 – Tshwane Principles 497

- ziviler Ungehorsam 513
- Erster Weltkrieg 53
- Espionage Act 59, 98
- État de nécessité 448
  
- FALLEX 62 68
- False Claims Act 14
- Fehlverhalten, sonstiges 222
- Felonie 46
- Five Eyes 3, 92
- Flick-Parteispenden-Affäre 234
- Flucht in die Öffentlichkeit 9, 171,  
  *siehe auch* Veröffentlichungsrecht
- Folter 3, 294, 368, 499, 503
- Foreign Intelligence Surveillance Court  
  (USA) 93, 336, 390, 540
  
- Ganoventreue 35
- GCHQ 95, 390, 436, 453
- Geheimdienste
  - BND *siehe* dort
  - Dänischer 75
  - Five Eyes *siehe* dort
  - GCHQ *siehe* dort
  - Kontrollgremien 364–65
  - MI5 *siehe* dort
  - MI6 *siehe* dort
  - NSA *siehe* dort
  - rumänischer 366
- Geheimhaltungsinteresse/-bedürfnis
  - Abwägung i. R. d. § 34 StGB 462
  - Allgemeines 24–25
  - äußere Sicherheit der BRD 76
  - berechtigtes 200
  - der Regierung 119
  - der Steuerpflichtigen 227
  - Gesamtbetrachtung 78–85
  - i. R. e. Pflichtenkollision 263
  - il/-legitimes, in der Demokratie 84–  
  85
  - Ombudsperson 116
  - persönliches 238
  - Richtlinienkompetenz 26
  - Sachverständigenproblem 115–16
  - wichtige öffentliche Interessen 173–  
  78
  - Wohl der Bundesrepublik 67
  - Wohl des Deutschen Reichs 52
  - Wohl des Reichs 61
- Geheimhaltungsmaßnahmen 25, 26
  - im Strafprozeß 59
  - Staatsgeheimnisbegriff 75, 114, 151
- Geheimhaltungswille 26, 140, 238
- Geheimnis, „illegales“ 45
- Geheimnisbegriff
  - absoluter 23
  - formeller 25
  - formell-materieller 25, 114
  - materieller 25
  - relativer 23, 59
  - subjektiver 119
- Geheimnisgegenstand 23
- Geheimstaat, absolutistischer 1, 47
- Gehorsamspflicht
  - beamtenrechtliche 161, 169, 170
  - bedingungslose 39
  - bürgerliche 136, 511, 534, 538, 539
  - Hegel 136
  - Kant 172
- Gehorsamsverweigerung 170
- Geldwäscherichtlinie 347
- Generalbundesanwaltschaft 35, 60, 68,  
  74, 110
- Gerechtigkeit 33–35, 109, 193, 202,  
  479
  - Kant 302, 317
  - Pflicht zur ~ 270
  - Radbruch 272
  - Rawls 507, 512, 515
  - ziviler Ungehorsam 523, 536
- Gerechtigkeitsfragen, globale 418
- Gerechtigkeits Sinn der Öffentlichkeit  
  508
- Gesamtwohl der Bundesrepublik  
  Deutschland 86
- Gesamtwohl eines Volkes 83
- Geschäftsführung ohne Auftrag 276–  
  77, 422, 456
- Geschäftsgeheimnisbegriff des  
  GeschGehG 198
  - außerhalb des GeschGehG 219–20
- Geschäftsgeheimnis-Richtlinie 198,  
  214, 219, 221, 222, 224
- Geschäftsgeheimnisse
  - Historie 55
  - Österreich 488
  - Schweiz 223, 490

- Geschäftsgeheimnisse, „illegale“ 199–219
- Arbeitsrecht 205
  - Art. 12, 14 GG 212
  - kein berechtigtes Geheimhaltungsinteresse 200
  - positive Generalprävention 218–19
  - rechtswidrige Vermögenswerte 216–17
  - Selbstwiderspruch in der Rechtsordnung 201
  - Strafbarkeitslücken? 218
- GeschGehG
- allgemeines öffentliches Interesse 224
  - Ausnahmetatbestände 220–26, 249
  - Fehlverhalten, sonstiges 222
  - Geschäftsgeheimnisbegriff 198
  - Handlungsverbote 197
  - Meinungs-/Informationsfreiheit 221
  - Unionsrecht 214–16
  - Vorsatz 198
- Gesellschaftsvertrag 37, 49
- Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher 64
- Gesetzmäßigkeit
- der Nachrichtendienste 410
  - der Verwaltung 101, 171
- Gewaltenteilung 115, 176, 258, 270, 338–39, 371, 405
- Gewissensfreiheit 448, 516–19, 516–19, 526
- Gewissenstäter 526
- Gleichbehandlungssatz, allgemeiner
- § 97b StGB 145, 148
  - Geschäftsgeheimnisbegriff 276
  - WBRL 459
  - ziviler Ungehorsam 523
- Grundordnung, freiheitliche demokratische 90–91
- Beamtenpflicht 107, 162, 188
  - Pätsch-Entscheidung (BGH) 428
  - Treuepflicht 134, 137
  - Verstöße gegen die ~ 98–99, 104, 107
- Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme 99
- Grundrechte im Straftataufbau 425
- Grundsatz der Budgetpublizität 283
- Grundsatz der freien Beweiswürdigung 115
- Grundsatz der Offenheit 166, 286, *siehe* auch Publizitätsprinzip
- Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit 383, 511
- Grundsatz der Volkssouveränität *siehe* Volkssouveränität
- Harmonisierung des Strafrechts, mittelbare unionsrechtliche 219
- Heckler & Koch 195
- Heiliges Römisches Reich 46
- HinSchG
- Anwendungsbereich, sachlicher 7, 352, 358
  - Entwicklung, rechtspolitische 6
  - externe Meldung/Meldestelle 186, 206
  - im Verhältnis zu § 34 StGB 458–59
  - Offenlegungen 458
  - Regierungsentwurf (FDP) 7
  - SPD-Entwurf 6, 348, 357
  - Verschlussachen 409
  - vorbereitende Straftaten 247
  - Wahlrecht zwischen interner/externer Meldung 452
- Hinweisgeber *siehe* Whistleblower
- Idee des Rechts 399
- Imperativ, kategorischer 32, 302, 303, 317
- in dubio pro libertate 268
- in dubio pro reo 59, 76, 390, 426, 450
- In-camera-Verfahren 116–17
- Incentives 14
- Informationen
- allgemein zugängliche 23, 164, 165, 166
  - offenkundige 23, 160
- Informationsanspruch
- als Offenbarungsinteresse 360
  - der Öffentlichkeit 87, 88, 235, 332
  - der Presse 234, 438
  - EGMR-Rspr. 167, 330, 343
  - grundrechtlicher 165–67
  - IFG 163–65
  - parlamentarisches Fragerecht 336
  - Publizitätsprinzip 328

- unionsrechtlicher 286
- VIG 212
- Informationsfreiheitsgesetze 26, 164, 176, 190
- Ausnahmetatbestände 164, 178, 194, 230
- der Länder 163
- Ermessen 277
- Geschäftsgeheimnisse 211
- Verschlusssachen *siehe* dort
- Informationsinteressen der Öffentlichkeit
  - an Straftaten 331, 333
  - an Unternehmenspraktiken 333
  - BVerfG-Rspr. 329–30
  - EGMR-Rspr. 329–30, 415
  - Flick-Affäre 234–36
  - Geheimdienstaktivitäten 108, 366, 405, 409
  - politische Angelegenheiten 332
  - Promiberichterstattung 332
  - Steuerstraftaten 234–36
  - subjektive Rechte 421
  - WikiLeaks 367
- Interessenabwägungsformeln *siehe* Abwägungsklauseln
- Intransparenz 299–300, *siehe* auch Transparenz
- Investigatory Powers Tribunal (UK) 3, 95, 390
- Irakkrieg 75, 319, 436
- Iraq War Logs 368
- Journalismus
  - investigativer 16
  - watchdog 16
- Justiz, politische 109
- Kadavergehorsam 35
- Kieler Schule 64
- Klokkenuider 4
- Königsinfidelität 46
- Kontrollgesellschaft 10
- Kosmopolitismus 134
- KPD 57
  - Verbot 523, 531
- Krieg in Afghanistan 3, 264
- Kritik des subjektiven Rechts 82, 418–22, 443
- Kronzeugen-Regelung 14
- Lanceur d’alerte 4, 488
- Landespressegesetze 163, 360
- Landesverrat
  - Beihilfe 156
  - Österreich 188
  - Pressefreiheit 80–81, 84
  - Presseprivileg 156
  - publizistischer 55–60
  - Rechtsgut 26
  - subjektiver Tatbestand 140
  - Unbefugter 139, 155
  - Versailler Vertrag(sverletzungen) 56–58, 90, 118
  - Wahrnehmung berechtigter Interessen 487
- Landesverräterische Ausspähung 141
- Landesverteidigung 151
- Law Commission (UK) 173, 435, 492, 495
- Leaking 16
- Legitimationskette, demokratische 539
- lex Ossietzky 129, *siehe* auch Ossietzky-Paragraph
- lex posterior derogat legi priori 268
- lex specialis derogat legi generali 262, 268
- lex superior derogat legi inferiori 272
- Loyalität
  - (Un-)Parteilichkeit 33
  - ~subjekte 37
  - ~spflicht 207–11
  - als Rechtsbegriff 29
  - arbeitsrechtliche 30, 207–11
  - Arbeitsverhältnis 34, 35–41
  - beamtenrechtliche 167–73
  - Begriff, allgemeiner/ethischer 30
  - Beraterberufe 30
  - Ethik 35–41
  - Etymologie 42
  - Familie, Freundschaft, Liebe 31, 35, 38
  - Gehorsam 39
  - Gerechtigkeit 33–35
  - im Beamtenverhältnis 30
  - im Falschen 31
  - im Verhältnis zu Moralthorien 32
  - Meinungsfreiheit 37

- partikulare normative Ordnung 32
- patriotische 134–35
- performativer Akt 31
- rechtswidriges Verhalten 42
- Reziprozität 38
- staatsbürgerliche 29, 120, 121, 134–38
- Tugend 31
- Verfassungs- und Amtseid 167, 168, 170
- vs. öffentliche Interessen 43
- Widersprüche 31
- Luftwaffe, Wiederaufrüstung 58
- Lux-Leaks-Affäre 3, 235, 249–50, 448
  
- Macht und Wissen 1, 552
- Majestätsbeleidigung *siehe* *crimen laesae maiestatis*
- Maulkorbparagraph 70
- McClures's 16
- Meinungsfreiheit
  - am Arbeitsplatz 382
  - Anonymität 382–87
  - GeschGehG 221
  - in politischen Angelegenheiten 335
  - Informationsweitergabe als Meinungsäußerung 380–82
  - Kant 312
  - Machtkritik 335
  - NSA-Affäre 103
  - strafbegrenzende Wirkung 425–28
  - unwahre Tatsachenbehauptungen 380
  - Verhältnismäßigkeitsprüfung 393, 414, 420
  - WRV 121, 122, 211
- Meldepflichten *siehe* Offenbarungspflichten
- Melderecht, externes 186, 206
  - der Nachrichtendienste 140, 365
- Meldestelle, externe 116, 186, 495
- Meldesystem, internes 13
- Metadaten 93
- MI5 73, 95, 102, 435
- MI6 95
- Moderne 1, 5
  - subjektives Recht 418, 422
- Mosaikgeheimnis 75, 160
- Muckraking 16
  
- Nationalismus 124
- Nationalsozialismus 64–66
- Naturrecht 120, 121, 134, 515
- nemo tenetur se ipsum accusare 228–29, 383, 511
- Neoliberalismus 12
- Netzpolitik.org 109–11
- Nigerianischer Bürgerkrieg 493
- Notstand, rechtfertigender
  - Abwägungsmerkmale 462–64
  - Aggressivnotstand 263, 442, 460
  - Allgemeinrechtsgüter 255, 444–45, 455–57
  - Angemessenheit 464–65
  - defence of necessity *siehe* dort
  - Defensivnotstand 263, 441, 460–62
  - Erforderlichkeit 256, 442, 451–55
  - État de nécessité *siehe* dort
  - Geeignetheit 256, 449–51
  - Gefahr 437–39
  - HinSchG 440–43
  - Interessenabwägungsformel 460
  - Kritik des subjektiven Rechts 443
  - Meinungsfreiheit 475
  - mildere Mittel 451–55
  - Notstandsfähigkeit von Allgemeinrechtsgütern 444–45
  - Notstandshilfe 255
  - Notstandslage 437–49
  - politische und moralische Interessen 448
  - Rechtswahrung 445–46
  - Rückgriffssperre 455–57
  - Sächsischer Datenschutzbeauftragter 432
  - Schutz des status quo 439, 449
  - Strafverfolgungsinteresse 439, 445–46
  - übergesetzlicher 121, 271, 432, 442, 513, 539, 541
  - Unwägbarkeit menschlichen Lebens 254
  - Vorrang interner Meldung? 451–55
  - Wahrnehmung berechtigter Interessen 441, 471, 474
  - Whistleblowing-Richtlinie 458–59
- Notwehr
  - ~hilfe 255, 431
  - Duplex-effectus-Lehre 252

- Erforderlichkeit 256
- Gebotenheit 256
- Geeignetheit 256
- öffentliche Kritik als ~ 122
- Whistleblowing 254, 431
- zur Verteidigung von Tieren 255
- NSA 2, 94, 95
- NSA-Affäre 2, 11, 92–96
  - Boundless Informant 94
  - Digitalkonzerne 93
  - Freedom Act 92
  - Merkels Handy 96
  - PRISM 93, 95
  - Selektoren 93
  - Spionage von Botschaften aus 95
  - Tempora 95
  - Untersuchungsausschuss 96–98
  - UPSTREAM 95
  - XKeyscore 94
- nulla poena sine culpa 146
- nulla poena sine lege 271
  
- Offenbaren von Staatsgeheimnissen 140
- Offenbarungsbefugnisse
  - Abhilfe 322–23
  - der AO 230–36
  - Kommunikationsgrundrechte 359
  - völkerrechtliche 121
- Offenbarungsinteressen
  - benachteiligende, diskriminierende, ungerechte Behandlungen 358
  - Finanzbranche 375–76
  - Fiskus, Steuern, öffentliche Gelder 373–74
  - Funktionsfähigkeit des Staates 373
  - Gesundheitsschutz 353–57, 360
  - Immissionsschutz 362–63
  - Korruption 350
  - Leib, Leben, Freiheit 357–58
  - Militär 366–70
  - Nachrichtendienste 364–66, 369–70
  - öffentlicher Diskurs/diskursive Kontrolle 325–44
  - Rechtswahrung 323, 445–46
  - Schutz des Privatvermögens 363–64
  - staatlicher Machtmissbrauch 371–72
  - Staatsgefährdungen 373
  - Steuerstraftaten 350
  - Strafverfolgung 439, 445–46
  - Tierschutz 362–63
  - Tshwane Principles *siehe* dort
  - Umweltschutz 362–63
  - Verkehrs- und Flugsicherheit 361
  - Verstöße gegen
    - Datenschutz/Persönlichkeitsrechte 359
- Offenbarungspflichten *siehe* auch
  - Meldepflichten
  - Aufenthaltsrecht 351
  - ethische/moralische 269
  - interne 148
  - Luftverkehr 361
  - medizinische 260, 354
  - Schwarzarbeit 351
  - StPO 260
  - Straftaten 346–48
  - Umweltstrafrecht 260
- Offenlegung 5, *siehe* auch
  - Veröffentlichungsrecht
- Öffentliche Interessen
  - EGMR-Rspr. 329, 404–5
  - Geschäftsführung ohne Auftrag 276–77, 422, 276–77
  - GeschGehG 224
  - Problem ihrer Bestimmung 175–76
  - wichtige 173–78
  - zwingende 231–36
- Öffentliche Meinung 326
  - Bentham 287, 289
  - Ermittlung derselben 503
  - Kant 311
  - Schmitt 297
  - Verfälschung derselben 319
- Öffentliches Sicherheitsorgan 151
- Öffentlichkeit des Haushalts 283
- Öffentlichkeit, (macht-)kritische 5, 328
- Official Secrets Act (UK) 113, 435–36, 492–96
- Ombudsperson 13, 116, 239, 340
- Omertà 35
- Ossietzky-Paragraph 90, *siehe* auch *lex Ossietzky*
  
- Panopticon 292–94
- Panoptismus 292–94
  - inverser 295–98



- Parlamentarisches Kontrollgremium  
116, 140, 364–65, 390
- Parrhesia 5, 10
- Patriot Act 93–94, 101, 316
- Patriotismus 38, 134–35, 136
- Pätsch-Entscheidung (BGH) 69, 171, 188
- „illegale“ Geheimnisse 130
  - Aktualität/Anwendbarkeit 400–401
  - freiheitliche demokratische Grundordnung 104, 428
  - Notstand, rechtfertigender 432
  - Post- und Fernmeldegeheimnis 104
  - Recht zur Veröffentlichung 399–403
  - Rügerecht, abgestuftes 387–92
  - subjektives Rechtfertigungselement 417
  - Treuepflicht 169
  - Verbotsirrtum 106
  - Verfassungsmäßigkeit der Überwachungsmaßnahmen 104
  - Vorrang interner Meldung 388–89
  - Wahrnehmung öffentlicher Interessen 423
  - Wechselwirkungslehre 79, 533
  - ziviler Ungehorsam 505, 527, 539
- Pätsch-Entscheidung (BVerfG)
- Dienstweg 454
  - Treue, Loyalität 29, 169
  - Verfassungsmäßigkeit § 353b 174, 177, 193
- Pazifismus 124
- perduellio 46, 49
- Persönlichkeitsrecht, allgemeines
- Computer-Grundrecht 99
  - Informationsinteressen der Öffentlichkeit 343, 344
  - Privatgeheimnisse 203, 240, 481
  - Recht auf informationelle Selbstbestimmung *siehe* dort
  - vs. Meinungsfreiheit 251
- Petitionsrecht 87, 424
- Arbeitsrecht 187, 206
  - Beamtenrecht 390–92, 454, 457
  - Staatsgeheimnisse 121, 139
  - Strafanzeige 186, 187
  - WRV 121, 187
- Pflichtenkollision 127, 259–64, 270
- Begriff 261
  - Kollisionslagen 261
  - Kollisionsregeln 262–63
- Post- und Fernmeldegeheimnis 99, 101, 103–8
- Post-Privacy 299
- Pressefreiheit
- Anonymität 383
  - Bentham 287
  - Cicero-Affäre 71
  - diskursive Kontrolle 325
  - EGMR-Rspr. 343
  - Informantenschutz 157
  - Laienjournalismus 156, 502, *siehe* auch Public watchdog
  - Mosaiktheorie 76
  - Spiegel-Affäre 69, 80–81
  - USA 502
  - vs. allgemeines Persönlichkeitsrecht 331–33
  - Wahrnehmung berechtigter Interessen 482
- Presseprivileg 67, 71, 156
- Preußisches Strafgesetzbuch 51, 52, 54
- Price Waterhouse Coopers *siehe* Lux-Leaks-Affäre
- Privacy and Civil Liberties Oversight Board 93
- Privatbank J. Safra Sarasin 196
- Privatgeheimnisse
- im 18. Jh. 50
  - im 19. Jh. 54
  - im NS 66
  - schwere Straftaten 204, 245
  - Weimarer Republik 63
- ProPublica 502
- Protection d'intérêts légitimes 474
- Public accountability defense 499–503
- Public interest defence 491–96
- Public interest immunity order 437
- Public relations 175, 319
- Public watchdog 16, 167, 333, 343
- Publizität, kritische 328
- Publizitätsprinzip 281–320, *siehe* auch Transparenz
- Aufklärung 282–86
  - Bentham 286–98
  - Einwände gegen Publizität 290–91
  - Freihandelsabkommen 287
  - Gründe für Publizität 288–90

- individuelle Sphäre 299–300
- Kant 301–21
- Repräsentationsprinzip *siehe* dort
- Unionsrecht 286
- Völkerrecht 304
- Qui-tam-Kläger 14
- Radbruchsche Formel 271, 272, 318, 541
- Radikalenerlass 168
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung 227, 229, 243, 476
- Recht auf Transparenz und Kontrolle 235
- Recht der Öffentlichkeit auf Information 81, 329, 401, 419, 420
- Recht und Moral 271–72
- Recht, subjektives *siehe* auch Kritik des ...
- Recht, transsubjektives 82, 419, 422, 443
- Rechtsrason 47, 119, 294
- Rechtsstaatsprinzip
  - als Teil der freiheitlich demokratischen Grundordnung 91, 98
  - Bestimmtheitsgebot *siehe* dort
  - Geheimdienste 364
  - Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 101, 107
  - Gewaltenteilung *siehe* dort
  - kein Geheimhaltungsinteresse bzgl. „illegaler“ Geheimnisse 122–24, 130, 133, 153
  - kein Gehorsam im Unrecht 168
  - Meinungsfreiheit 103, 211
  - Offenbarungsinteresse bzgl. „illegaler“ Geheimnisse 101, 118, 201, 415
  - Offenbarungsinteresse bzgl. Strukturen der Exekutive 369
  - politisches Werturteil, Strafnormen 109
  - Rechtsdurchsetzung mittels Whistleblowing 456
  - Rechtssicherheit 413
  - Rechtswahrscheinlichkeit 119, 187, 207, 323–25
  - Schuldprinzip 146
  - Strafanzeigenrecht 185, 187, 346, 424
  - Ultima-ratio-Prinzip 266
  - Veröffentlichungsrecht 399–400
  - Widerstandsrecht 532
  - ziviler Ungehorsam 510, 520, 524
- Rechtswahrscheinlichkeit 119, 187, 207, 323–25
- Rechtswidrigkeitsbegriff
  - einheitlicher 273
  - gespaltener 274
  - Strafunrechtsausschlussgründe 275
- Rechtswidrigkeitslösung *siehe* Tatbestands- vs. ...
- Regelgeheimhaltung der Regierung 289
- Regelgeheimhaltung der Verwaltung 282, 284
  - Paradigmenwechsel zur Regeltransparenz 152, 166, 182, 285
- Reichsstrafgesetzbuch 51–56, 62, 65–66, 118
  - Entwurf Radbruch *siehe* dort 61
  - Reformüberlegungen 127–29, 483–88
- Reichstagsbrandverordnung 65
- Reichswehr 57, 58, 120, 122
- Reichswehrministerium 56, 120, 125
- Repräsentationsprinzip 83
  - Kant 311
  - Notstand, rechtfertigender 456
  - öffentliche Meinung 327
  - Rügerecht, abgestuftes 389, 401
  - Schmitt 298
  - vierte Gewalt 335, 339
  - Widerstandsrecht 531
  - ziviler Ungehorsam 522, 524
- Rote Fahne 57
- Rückwirkungsverbot 113
- Ruhrkampf 57
- Sächsischer Datenschutzbeauftragter 178–80, 371, 432
- Sachverständigenproblem 115–16
- Sam Adams Award 75
- Schleier des Nichtwissens 317
- Schuldprinzip 146
- Schweigepflicht, anwaltliche 173

- Schweizer Bankgeheimnis 223
- Schweizerische Nationalbank 224
- Security of Information Act (Kanada)  
460, 462, 491–92
- Selbstbegünstigungsprinzip 254
- Selbstbelastungsfreiheit 228–29
- Shawcross report 492
- Sicherheit, äußere der BRD *siehe*  
Staatsgeheimnisbegriff ...
- Sicherheit, nationale 7, 495
- Sicherheitsrason 294
- SPD 6, 70, 86, 114, 116, 133, 357
- Spiegel-Affäre 68–69
- Spionagegesetz 25, 53, 61, 65
- Staat, totalitärer 10, 64, 94, 98, 299
- Staatsanzeigen, Schlözer 282
- Staatsbürgerverhältnis 29
- Staatsgeheimnis  
– absolutistisches Konzept 48  
– Fahrlässigkeitsdelikte 141  
– im 18. Jh. 48–50  
– im 19. Jh. 52–54  
– im NS 65  
– in der BRD 67–70  
– in der Weimarer Republik 61–62  
– Tatbestand des Offenbarens 140  
– Tatbestandsirrtum 151  
– Verbotsirrtum 151
- Staatsgeheimnisbegriff  
– Abwägung 78–85  
– Abwägungsklausel 152  
– aktueller 74  
– außenpolitische Vorteile 78  
– äußere Sicherheit der BRD 78, 109, 111, 115, 150  
– begrenzter Personenkreis 75  
– Bestimmtheit 108–15  
– BRD (1951) 67  
– de lege ferenda 149–51  
– Geheimhaltungsmaßnahmen 75  
– Gesamtbetrachtung 78–85, 151  
– Informationsinteressen der Öffentlichkeit 79, 83, 85–89  
– innenpolitische Vorteile 78, 83, 85  
– Landesverteidigung 151  
– Mosaikgeheimnis 75  
– politisches Werturteil 109  
– RStGB (1871) 52  
– RStGB (1934) 65  
– Sachverständigengutachten 115–16  
– schwerer Nachteil 76–77, 145  
– SPD-Entwurf (1965) 86  
– unwahre Tatsachen 74  
– Verschlussachen 75, 110, 114  
– Vorsatz 75, 545
- Staatsgeheimnisse, „illegale“  
– Abgeordnetenprivileg 68  
– de lege ferenda 151–55  
– Rechts-/Verfassungsverstöße 131–33  
– RG-Rspr. 118–21  
– schwere Rechtsverstöße 133, 153, 544  
– schwere Straftaten 153, 349, 544  
– Tatbestandsirrtum 142–43  
– Verbotsirrtum 142–44  
– Verrat 141  
– Verstöße gegen den Gedanken der Völkerverständigung 133  
– Verstöße gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung 90–91, 98–99, 133  
– Verstöße gegen die verfassungsmäßige Ordnung 130  
– Verstöße gegen Rüstungsbeschränkungen 90
- Staatsrason 47, 119, 294
- Staatssicherheit (Stasi) 10, 11
- State secrecy whistleblowing 29, 120, 135
- Steuer-CDs 4, 185, 196, 460
- Steuergeheimnis 227, *siehe auch*  
Verletzung des ...
- Steuergeheimnisse, „illegale“ 228
- Steueroasen 223
- Steuervermeidungspraktiken *siehe* Lux-Leaks-Affäre
- Strafanzeigen  
– ~grundrecht 184–85, 186, 206, 424  
– ~pflicht 347  
– § 158 Abs. 1 StPO 185–86  
– Arbeitsrecht 38, 184, 445  
– BAG-Rspr. 206  
– de lege ferenda 348–49  
– EGMR-Rspr. 392, 405–7  
– GeldwäscheG 347  
– nachträgliche 439  
– Notstand, rechtfertigender 438  
– Petitionsfreiheit 186

- präventive 438, 446
- Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs
  - siehe* Reichsstrafgesetzbuch
- Strafrechtsnovelle (1936) 66
- Strafvereitelung 34
  - im Amt 232
- Strafzwecke
  - negative Generalprävention 527
  - positive Generalprävention 218–19, 526
  - Spezialprävention 526
- Subjektives Recht 419, 421, 422
  - intersubjektive Dimension 326, 518
- Subjektives Rechtfertigungselement 251, 417
- Subjektloses Recht 419
- Subsidiaritätsprinzip 205, 266
- Swiss-Leaks-Skandal 196
  
- Tatbestands- v. Rechtswidrigkeitslösung 86, 191, 425–28, 428, 544
- Tatbestandsirrtum 142, 151
- Tax rulings *siehe* Lux-Leaks-Affäre
- Tierschutz 255, *siehe* auch
  - Offenbarungsinteressen ...
- Todesstrafe 65
  - Auslieferungshindernis 97
  - bei Verrat 46, 137
  - Espionage Act (USA) 97
  - Verein zur Wiedereinführung der ~ 69
  - Whistleblowing 224
- Totalitarismus *siehe* totalitärer Staat
- Transcendentale Formeln des öffentlichen Rechts
  - Negativformel 303, 305–6, 315–18
  - Positivformel 307–11, 318–20
- Transparenz *siehe* auch
  - Publizitätsprinzip, Intransparenz
  - diskursiv-kontrollierender Effekt 297
  - psychologisch-prohibitiver Effekt 297
  - von Machtakkumulationen 295–97
- Transparenzgebot 325, *siehe* auch
  - Publizitätsprinzip
  - Digitalcharta 166, 286
- Transparenzgrundrecht 423–25
- Treason 46, 97, 135, 168
- Treueid 167, 168
- Treuepflicht
  - arbeitsrechtliche 207–11
  - beamtenrechtliche 167–73
  - des Lehnsmannes 46
  - freiheitliche demokratische Grundordnung 134, 137
  - Naturrecht 120
  - staatsbürgerliche 120, 121, 134–38
- Treueverhältnis 29, 30, 64, 137, 167, 168
- Truppenvertrag 105
- Tshwane Principles 349, 488, 496–98
  - Offenbarungsinteressen 349, 351, 353, 355, 358, 363, 369–70
- Überwachung
  - durch das BfV *siehe* Abhöraffaire
  - durch den rumänischen Geheimdienst 366
- Überwachung, massenhafte, globale 2, 92–96, *siehe* auch NSA-Affäre
  - EGMR-Rspr. 3, 95
  - First Amendment 94
  - Fourth Amendment 94
  - Post- und Fernmeldegeheimnis 101
  - Rechtswidrigkeit 3, 94, 95
  - UK-Rspr. 95
  - US-Rspr. 3, 94
- Überwachung, unternehmerische 11
- Überwachungsaffäre Deutsche Telekom 11
- Überwachungsdispositiv
  - machtkritisches 296, 297, 336
  - totales 299
- Ukraine-Affäre 385
- UKUSA-Vereinbarung 3, 92
- Ultima-ratio-Prinzip 153, 160, 194, 257, 264–69, 266
  - mittelbare Harmonisierung des Strafrechts 219
- Unabhängigkeit der Gerichte 115
- Unabhängigkeitsbewegung, indische 506, 521
- Unbefugt, Tatbestandsmerkmal 13, 186, 188
- Ungerechtigkeit 306
  - Besteuerung 448
  - Kant 173, 303, 304, 315, 316, 318

- ziviler Ungehorsam 509, 516, 524, 532, 538
- Urteilsbildung des Volkes *siehe* Willensbildungsprozess ...
- Utilitarismus 32, 33, 281
- Verbotsirrtum 106, 112, 113, 116, 142–44, 151
- Verfassungsmäßige Ordnung 104, 129, 131
- Verfassungstreue 168, 516
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 205, 233, 266, 267
- Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes 251–52
- Verletzung des Dienstgeheimnisses
  - „illegale“ Dienstgeheimnisse 183–89
  - Beihilfe 156
  - Bestimmtheit? 174–77
  - de lege ferenda 190–94
  - Lehre der mittelbaren Gefährdung 178–82
  - NS-Hintergrund 193
  - Österreich 176, 188
  - Presseprivileg 71
  - Schweiz 176, 489
  - schwere Rechtsverstöße 188
  - schwere Straftaten 349
  - unbefugt 186, 190, 233
  - Wahrnehmung berechtigter Interessen 486–87
  - wichtige öffentliche Interessen 173–82
- Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen 251
- Verletzung des Steuergeheimnisses
  - Historie 63
  - Offenbarungsbefugnisse der AO 230–36
  - Steuergeheimnisbegriff 228
- Verletzung von Privatgeheimnissen
  - „illegale“ Privatgeheimnisse 240–44
  - de lege ferenda 190–94
  - Drittgeheimnisse 238
  - Geheimhaltungsinteresse 238
  - Geheimhaltungswille 238
  - unbefugt 270, 485
- Vernunftgebrauch, öffentlicher/privater 172
- Veröffentlichungsrecht
  - Beamtenrecht 171
  - Meinungsfreiheit 122, 399–403, 402
  - Public Servants Disclosure Act 2005 (Kanada) 352
  - WBRL 172, 458
- Verrat *siehe auch* Treason
  - fränkisches Reich 46
  - germanische Frühzeit 46
  - römisches Recht 46
  - Todesstrafe 46, 65, 137
- Verrat illegaler Geheimnisse 141
- Verratsnovelle (1934) 65
- Versailler Vertrag *siehe unter* Landesverrat
- Verschlusssachen 7, 25, 26
  - EGMR-Rspr. 408–9
  - externe Meldestelle 140
  - nur für den Dienstgebrauch 75
  - Staatsgeheimnisse 110, 114, 140
  - VS-vertraulich 109, 111
- Verschwiegenheitspflicht
  - anwaltliche 204, 239, 245, 373, 472
  - arbeitsrechtliche 25, 205–11
  - beamtenrechtliche 24, 160–63
- Vierte Gewalt 338–39
- Vigilantismus 423, 456
- volenti non fit iniuria 306
- Völkerrecht, Kant 302, 310
- Völkerrechtsverstöße *siehe* Whistleblowing ...
- Volkssouveränität 84, 98, 101, 166
  - diskursive Kontrolle 325, 336
  - Informationszugang 285
  - vierte Gewalt 338–39
  - Widerstandsrecht 531
- Vorbereitungshandlungen, strafrechtlich relevante 247–48
  - Der Zweck heiligt die Mittel 252
  - Duplex-effectus-Lehre 252–53
  - GeschGehG 249
  - landesverräterische Ausspähung 141
  - Meinungsfreiheit 249–50
  - Notwehr/Notstand 253–56
  - Wahrnehmung berechtigter Interessen 251–52

- Vorrangrelationen bei Abwägungen  
153, 221, 415, 545
- EGMR-Rspr. 405
  - Tshwane Principles 498
- Vorrangrelationen bei  
Normenkollisionen
- außerstrafrechtlicher Pflichten mit strafrechtlichen Erlaubnis-/Gebotsnormen 273–76
  - binnenstrafrechtlicher Art 258–64
  - mit nicht-rechtlichen Normen 269–72
  - Pflichtenkollisionen 261–63
  - strafrechtlicher Pflichten mit außerstrafrechtlichen Rechtsnormen 264
- Wächterrat 341
- Wahrnehmung berechtigter Interessen
- § 193 StGB analog 471
  - Abgrenzung zum Notstand 474
  - AE-StGB 485
  - Amtsgeheimnisse 62, 193, 486
  - bei Geheimnisverletzungen 470–74
  - Bildaufnahmen, höchstpersönlicher Lebensbereich 482
  - EGMR-Rspr. 474
  - Erforderlichkeit 63, 484, 490
  - evolutiver Wesenszug 477–79, 477
  - Geheimnisstrafdelikte 480–83, 483–88
  - Meinungsfreiheit 480, 482
  - Österreich 488
  - Privatgeheimnisse 54, 63, 471–73, 481, 483–86
  - protection d'intérêts légitimes 474
  - public interest defence 491–96
  - Schweiz 224, 489–91
  - Staatsgeheimnisse 155, 488
  - übergesetzlicher Rechtfertigungsgrund 471
  - Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes 251–52
  - Verletzung von Amtsgeheimnissen 474
  - Vertraulichkeit des Wortes 481
  - ziviler Ungehorsam 477
- War on Terror 499
- Wechselwirkungslehre 79, 80, 382, 428, 533
- Weltanschauliches Bekenntnis 136
- Weltbühne-Prozess 57–59
- Whistleblower
- Begriff 5
  - Informanten 16
  - klokkenluider 4
  - Kronzeugen 14
  - lanceur d'alerte 4
- Whistleblower Appreciation Day 3
- Whistleblower Netzwerk e. V. 232
- Whistleblowing
- Absichtslösung 128–29
  - als ziviler Ungehorsam 506–11
  - alternative Meldewege 392–99
  - BAG-Rspr. 206, 453
  - Dissenz, Dissidenz 11
  - durch Unterlassen 259–61
  - evolutiver Wesenszug 477–79
  - externes 5, 116, 453, 495
  - falsche Informationen 149
  - Finanzdienstleistungsbereich 6, 375
  - Geeignetheit 389–90
  - internes 5, 451–55
  - Kontrollgesellschaft 10
  - Leaking 16
  - Loyalität *siehe* dort
  - Motivation 416–18
  - muckraking 16
  - negative Konnotationen 9
  - Neoliberalismus 12
  - öffentliches 5
  - Pflicht zum ~ 269
  - relativ mildestes Mittel 390
  - Richtlinie der EU 6
  - subjektives Recht 419, 421
  - subjektives Rechtfertigungselement 417
  - systemdestabilisierendes 12
  - systemische Missstände 99, 340, 453, 500
  - systemstabilisierendes 12
  - Tat im prozessualen Sinne 247
  - transatlantische Idee 8
  - transsubjektives Recht 82, 422
  - unionsrechtliche Vorgaben 6
  - Verhältnismäßigkeitsprüfung 393, 414, 420
  - Völkerrechtsverstöße 58, 103, 120–21, 123, 133, 349, 358, 496

- Vorbereitungshandlungen *siehe* dort
- Vorrang interner Meldung? 398, 451–55
- Whistleblowing-Richtlinie (EU)
  - Anwendungsbereich, sachlicher 7
  - finanzielle Interessen der EU 236
  - interne Meldungen 148
  - nationale Sicherheit 7
  - Offenlegungen 172, 193, 458
  - strafbare Vorbereitungshandlungen 247
  - Verschlussachen 7
  - Verstöße 222
- Wickingbund 122
- Widerstandsrecht
  - Art. 20 Abs. 4 GG 137, 340, 520, 531
  - BVerfG (KPD-Verbot) 531
  - gegen Rechtswidrigkeiten 523
  - großes 530
  - Kant 304
  - kleines 530–31
  - Landesverfassungen 531
  - negatives 312
  - überpositives 530
- WikiLeaks 3, 10, 264
- Willensbildungsprozess, politischer
  - 326, 327, 339
  - ziviler Ungehorsam 520, 522, 534
- Wohl der Bundesrepublik 77, 86, 189, 233
- Wohl des Reichs 61, 120, 122
- Zeitfreiwillige 57
- Zeugnisverweigerungsrechte 34, 204, 241, 261, 348, 446
- Ziviler Ungehorsam
  - Anonymität 508–11
  - Erforderlichkeit 513
  - evolutiver Wesenszug 477–79
  - First Amendment 528, 530
  - Gegenrechte 537–39
  - Gerechtigkeitsbezug 512–13, 519, 532
  - Geschichte 506
  - Gewalt 507
  - Gewissensakt 507
  - Gewissensfreiheit 516–19
  - Legalisierung paradox? 533–37
  - Legalität 514–42
  - Legitimität 511–14
  - Öffentlichkeit des Aktes 508–11
  - Opportunitätsprinzip 524
  - Politizität 507
  - Rawls 506–16
  - Rechtfertigungslösung 530–33
  - Schäden 514
  - Schuldausschluss 525–27
  - Sitzblockaden 528–30
  - Strafzumessung 524
  - Strafzwecke 526
  - Tatbestandsausschluss 528–30
  - Verfassungsrechtsprechung 528–30
  - Verhältnismäßigkeitsprüfung 532
  - Verstoß gegen Mehrheitsprinzip? 538–41
  - Whistleblowing 506–11
- Zweifelssatz *siehe* in dubio pro reo